

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 19. Dezember 2023

## Aktuelle Stunden

Aktuelle Themen haben das Plenum im November und Dezember beschäftigt. Es ging um die Verkehrspolitik, Antisemitismus, eine Stellenbesetzung in der Justiz und die „PISA“-Studie. S. 3, 9-11

## Berufsabschlüsse

Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse war Thema einer Anhörung von Sachverständigen. Grundlage: ein Antrag von CDU und Grünen. Hintergrund: der Fachkräftemangel. S. 13-15

## Gedenken

Die Erinnerung an die Opfer der Pogromnacht stand im Mittelpunkt einer Gedenkfeier im Landtag. Zugleich prägte die Bestürzung über den Terrorangriff der Hamas auf Israel die Veranstaltung. S. 16-17

## Rückblick

Im Jahr 2023 hat sich der Landtag mit zahlreichen Themen befasst. Immer wieder gab es Anlass zu gemeinsamem Einstehen für Demokratie, Frieden und Toleranz. Landtag Intern blickt zurück. S. 18-19



## Politik in Zahlen

### Haushalt 2024 verabschiedet

# INHALT

## Arbeitsvertrag (Vollzeit/Teilzeit)

Zwischen

### Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse

<u>Sachverständigenanhörung zu Anerkennungsverfahren</u> .....	S. 13
<u>Standpunkte</u> .....	S. 14

Foto: Schälte

### Plenum

<u>PISA und die Konsequenzen</u>	S. 3
<u>Haushalt 2024</u> .....	S. 4
<u>Meldungen</u> .....	S. 6
<u>Gegen Hass und Hetze</u> .....	S. 9
<u>Streit um Bewerbungsverfahren</u> .....	S. 10
<u>Verkehrsrecht und Kommunen</u> .....	S. 11
<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 12
<b>Forum</b>	
<u>Gedenken an die Opfer der Pogromnacht</u> .....	S. 16
<u>2023 – Das Jahr im Rückblick</u> .....	S. 18

### Aus den Fraktionen

<b>Forum</b>	
<u>Mal- und Bastelwettbewerb</u>	S. 22
<u>NRW-Pressefoto 2023</u> .....	S. 24
<u>Neues Porträt enthüllt</u> .....	S. 26
<u>Parlamentsgespräch zu Antisemitismus</u> .....	S. 28
<u>Jugendlandtag 2023</u> .....	S. 29
<b>Ausschüsse</b>	
<u>Meldungen</u> .....	S. 30
<b>Porträt</b>	
<u>Heike Wermer (CDU)</u> .....	S. 31
<b>Kurz notiert</b> .....	S. 32

### Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 15. Dezember 2023, 13 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Titelbild:** Bernd Schälte (Das Titelbild zeigt eine Zählmaschine der Hauptverwaltung in Nordrhein-Westfalen der Deutschen Bundesbank.)

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# PISA und die Konsequenzen

14. Dezember 2023 – Regelmäßig überprüft die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit einem internationalen Vergleich die Leistungen von Schülerinnen und Schülern. In der aktuellen PISA-Studie erzielten die deutschen Jugendlichen ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Sie schnitten in Mathematik, im Lesen und in Naturwissenschaften deutlich schlechter ab als noch 2018.

Schulischer Erfolg sei in Nordrhein-Westfalen an die soziale Herkunft gekoppelt, kritisiert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/7326) für die Aktuelle Stunde. Eine „Entkoppelung“ müsse bereits in der Kita erfolgen. Dort würden „die entscheidenden Grundsteine für die Bildungschancen der Kinder gelegt“.

Die AfD-Fraktion sieht die größte Herausforderung in der Bekämpfung des Lehrkräftemangels. Erforderlich seien u. a. Vorschläge der Landesregierung, „wie die Lehrerausbildung zeitnah so umgestaltet werden kann, dass das Lehramtsstudium für junge Menschen wieder attraktiver wird“, heißt es im Antrag (18/7327) der Fraktion.

Die Ergebnisse der Studie, vor allem bei den mathematischen Kompetenzen, seien ein „deutlicher Weckruf für die Bildungspolitik und müssen jetzt endlich zum Umdenken und Umsteuern bei der Landesregierung führen“, schreibt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag (18/7328).

„Jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen kann in der vierten Klasse nicht altersangemessen lesen und schreiben“, sagte **Dr. Dennis Maelzer** (SPD). Studienergebnisse zum Bildungsstand von Schülerinnen und Schülern seien „jedes Mal ein neuer Schock“. Längst sei klar, dass Handlungsbedarf für frühkindliche Bildung bereits in Kitas bestehe. Angesichts hoher Krankenstände von Erzieherinnen und Erziehern und hochverschuldeter Kita-Träger sei es jedoch kaum möglich, dem frühkindlichen Bildungsauftrag gerecht zu werden. Viele Träger stünden vor der Insolvenz. Die Landesregierung spare auf Kosten von Kindern und Familien.

Die Landesregierung sei „nicht schockiert genug“ von den Ergebnissen der PISA-Studie, kritisierte **Franziska Müller-Rech** (FDP). Grundschulklassen in NRW seien im Bundesvergleich am größten. Die Situation sei „umso schlimmer in den Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen“.

Die Bildungsgerechtigkeit sei „so sehr in Gefahr wie noch nie“. Es müssten dringend mehr Lehrkräfte ausgebildet werden. Das Lehramtsstudium müsse reformiert werden. Zudem brauche es mehr Sprachförderung, mehr multiprofessionelle Teams an Schulen und eine Förderung für Jugendliche, die vor Jahren schlechte Ergebnisse bei der PISA-Studie erzielt hätten.

## „Flickschusterei“

Der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sei ein wesentlicher Grund für das schlechte Abschneiden Deutschlands in Bildungsstudien, sagte **Carlo Clemens** (AfD). In vielen Regionen seien „deutsche Muttersprachler bereits eine Minderheit“. Mit diesen Realitäten müsse man umgehen. „Man hat in Deutschland längst nicht mehr den Anspruch, eine führende Bildungsnation zu sein“, sagte Clemens. Stattdessen werde „nur noch Flickschusterei betrieben, um das Notsystem irgendwie am Laufen zu halten“. Es gebe „keine Bildungswende ohne Migrationswende“.

Mehrere Bildungsstudien seien in der Sache zu gleichen Ergebnissen gekommen, sagte **Dr. Jan Heinisch** (CDU). Das sei ein „Alarmsignal“. Heinisch empfahl, zu „Ruhe, kluger Analyse und sachlichen Entscheidungen“ zurückzukehren und keine „ideologische Grundsatzdebatte“ zu führen. Genau diesen Weg habe Schulministerin Dorothee Feller (CDU) eingeschlagen. Es gehe allerdings um das deutsche Bildungswesen insgesamt: „Es ist also kein rein nordrhein-westfälisches Thema.“ Wichtig sei, sich „sehr ernsthaft“ mit den

Studien zu beschäftigen, sie „in Gänze“ zu lesen und Antworten zu finden.

Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems** sagte, dass das Schulsystem vielerorts an einem „alten heilen Familienbild“ festhänge. Die Gesellschaft habe sich aber gewandelt. Die Realität werde beispielsweise durch zwei berufstätige Elternteile, Sprachbarrieren und Traumata durch Flucht bestimmt. Dies passe nicht zu einem tradierten Schulsystem. Die Anforderungen, die an Schulen gestellt würden, könnten kaum durch die Lehrkräfte erfüllt werden, wenn im Lehrplan und im System alles bleibe wie bisher. Schuld an den PISA-Ergebnissen sei aber nicht die Zuwanderung. Es sei schäbig, wenn Kinder mit Migrationshintergrund als „Sündenböcke“ herhalten müssten.

Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU) nannte die Ergebnisse der PISA-Studie „erschreckend“. Nach 2003 habe es zunächst einen Aufwärtstrend gegeben, in den vergangenen zehn Jahren hätten sich die Ergebnisse aber wieder verschlechtert. Grund sei zum einen die Corona-Pandemie. Hinzu komme eine veränderte Gesellschaft. Zu viele Kinder kämen aus bildungsfernen Familien, seien bei der Einschulung unruhiger und hätten einen deutlich geringeren Wortschatz. Feller betonte, die Rückstände müssten aufgeholt werden, ohne die Schulen zu überfordern. NRW habe sich auf den Weg gemacht, u. a. mit Maßnahmen zur Stärkung der Basiskompetenzen. *tob, zab, wib*

Foto: Schälte



# Nach kontroverser Debatte: Landtag

13. Dezember 2023 – Der finanzielle Rahmen für die Landespolitik 2024 steht: Der Landtag verabschiedete in dritter Lesung den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Für den Entwurf stimmten die Fraktionen von CDU und Grünen. Die Oppositionsfraktionen von SPD, FDP und AfD votierten dagegen.



Der Haushalt ([18/5000](#), [18/6500](#) Ergänzung, [18/7200](#), Vorlage [18/1417](#)) sieht Ausgaben in Höhe von 102,1 Milliarden Euro vor und damit rund 7 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Eine Aufnahme neuer Schulden ist erneut nicht vorgesehen. Die Steuereinnahmen werden mit 77,6 Milliarden Euro angesetzt. Die Investitionsausgaben liegen bei 10,7 Milliarden Euro.

„Wir müssen bereit sein, in unsere Zukunft zu investieren“, sagte SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**. Einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes zufolge liege der öffentliche Investitionsbedarf in Nordrhein-Westfalen bis 2035 bei zusätzlichen 150 Milliarden Euro. „Schon ein Teil dieser Summe würde reichen, echte Fortschritte zu machen“, sagte Ott. Mit dem Geld könne man die „Bildungskatastrophe“ beenden und „endlich anfangen, die schlimmste Wohnungsnot seit 60 Jahren zu bekämpfen“. Straßen und Brücken könnten repariert, in Digitalisierung investiert und Klimaschutzziele erreicht werden. Ott forderte eine Reform der Schuldenbremse: „Wir vererben unseren Kindern doch nicht in erster Linie einen Kontostand“, sagte er, „wir vererben ihnen die Luft, die sie atmen müssen“ und die „Wirtschaft, von der sie leben müssen“ sowie die „Sicherheit und Freiheit, die ihnen genauso zusteht wie den Generationen davor“. Der Haushalt der Landesregierung setze keine Prioritäten, es handle sich um „routinierendes Verwalten des Mangels“.

**Thorsten Schick**, Fraktionsvorsitzender der CDU, wies die Vorwürfe seines Vorredners entschieden zurück. „Mit der Lautstärke steigt nicht automatisch das Haushaltsvolumen.“ Ott mache das „Gegenteil von seriöser Politik“, betreibe „Populismus“ und streue den Menschen Sand in die Augen. Kein Gegenvorschlag der SPD zum Haushaltsentwurf der Landesregierung sei gegenfinanziert. Die Koalition aus CDU und Grünen dagegen setze die richtigen Prioritäten, indem besonders in Kinder, Familien, Bildung, Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit investiert werde. Die finanzielle Lage im Land sei jedoch „kritisch wie selten zuvor“. Der Krieg in der Ukraine habe einen „Preisschock“ ausgelöst, u. a. bei Kosten für Energie und Lebensmittel. Zudem greife der Bund den Ländern und Kommunen „ganz, ganz tief in die Tasche“. Das Gebot der Stunde laute daher Sparsamkeit. Eine Politik des „Wünsch dir was“ sei vorbei. Schick: „Es kann nur das ausgegeben werden, was da ist.“ Schwarz-Grün stelle sich dieser Verantwortung.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** warf Schwarz-Grün eine „ideenlose und mutlose“ Politik vor. Nordrhein-Westfalen habe mehr verdient als das. Mit Blick auf den Haushaltsentwurf kritisierte Höne, dass die Landesregierung die Schuldenbremse zwar formal einhalte, aber zugleich mit Tricks arbeite. So werde dem Pensionsfonds Geld entzogen, und mit dem „Sondervermögen Ukraine“ sei ein Neben-

haushalt geschaffen worden. „Tarnen, tricksen, täuschen“, so laute das Motto in der Haushaltspolitik. Angesichts einer wirtschaftlich schlechten Lage fehlten Anreize für die Unternehmen wie Bürokratieabbau, eine Stärkung der Digitalisierung und eine Beschleunigung von Planungsverfahren. Die Landesregierung zeige stattdessen mit dem Finger nach Berlin, schaffe neue Abgaben und rufe nach Subventionen. CDU und Grüne betrieben eine „Energiepolitik im Blindflug“, und der Bund solle es richten. Höne listete zahlreiche Änderungsvorschläge am Etatentwurf auf und forderte u. a. eine Senkung der Grunderwerbsteuer, mehr Landesunterbringungsplätze für Geflüchtete, mehr Geld für die Kitas und eine bessere Ausstattung der Schulen.

## „Richtige Prioritäten“

Schwarz-Grün habe in Krisenzeiten einen soliden Landeshaushalt 2024 vorgelegt, sagte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Sie räumte ein: „Ja, wir hätten uns an vielen Stellen mehr gewünscht.“ Die Schuldenbremse gelte aber auch in Nordrhein-Westfalen. Man habe intensiv darüber diskutiert, „wie das wenige Geld verteilt wird, um die richtigen Prioritäten zu setzen“. Dabei seien demokratische Werte der „Kompass“ gewesen. Die Koalition arbeite an einer „gerechten, gesunden und friedlichen Zukunft für alle Menschen in Nordrhein-

# beschließt Finanzrahmen für 2024

Westfalen“. In schwieriger Haushaltslage seien „die Kleinsten unsere größte Priorität“. Deshalb erhöhe man die Mittel für Schulen und Kitas. Schäffer wies auf Investitionen in den Klimaschutz hin – „um unsere Lebensgrundlagen und die unserer Kinder zu erhalten“. Mit der „höchsten Einstellungsanzahl bei der Polizei“ Sorge Schwarz-Grün für Sicherheit. „Wir agieren vorausschauend, wir versprechen den Menschen nicht das Blaue vom Himmel“, sagte die Abgeordnete. Das sei „nicht unsere Art von Haushaltspolitik“.

Der Haushalt stehe auf „tönernen Füßen“, kritisierte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Dr. Martin Vincentz**. Das Volumen sei im Vergleich zum Vorjahr um rund 7 Milliarden Euro gestiegen. Mit dem „Allzeitrekordwert“ stehe so viel Geld zur Verfügung wie nie zuvor. Die Landesregierung verweise ständig auf Krisen und rechtfertige so ihre fehlgeleitete Politik aus „Realitätsverweigerung, Verdrängung und zunehmend schnellerem Verfall all dessen, was unser Land einmal ausgemacht hat“. Eine Krise könne eine Chance sein. Sie werde aber

zur Begründung eines „grünen Umbruchs der Gesellschaft genutzt – und erst damit in eine Katastrophe verwandelt“. NRW habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. „Deutschland und Nordrhein-Westfalen befinden sich in keiner konjunkturellen, sondern in einer schweren strukturellen, hausgemachten Wachstumskrise“, sagte der AfD-Politiker. Alle Ausgaben müssten auf „dringende Notwendigkeit“ überprüft werden. Schwarz-Grün denke aber nicht ans Sparen und oder daran, Schulden abzubauen.

## „Investition in Innovationen“

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) sagte, die Zeiten seien herausfordernd. Die Landesregierung sei sparsam und setze dabei zugleich klare politische Prioritäten. Bildungschancen für Kinder und Jugendliche hätten „oberste Priorität“. 2024 würden mehr als 38 Milliarden Euro dafür investiert, ein neuer Rekord, und das sei gut so. Im Kampf gegen den

Klimawandel sei es die Aufgabe, gleichzeitig wettbewerbsfähig zu bleiben. Wüst bekräftigte das Ziel, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Dazu werde u. a. in Innovationen investiert. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien werde beschleunigt, beim Ausbau der Windkraft sei das Land führend in Deutschland. Der Ministerpräsident nannte als weitere Schwerpunkte die Stärkung der Inneren Sicherheit und die Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung von Geflüchteten. Im Sozialen werde es keine Kürzungen geben. Mit Blick auf den steigenden Antisemitismus auch in NRW kündigte Wüst stärkere Schutzmaßnahmen für jüdische Gemeinden und mehr Mittel dafür an. Der Kampf gegen Antisemitismus werde in den Herzen der jungen Menschen gewonnen. Daher solle jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit erhalten, mindestens einmal in der Schulzeit ein Konzentrationslager oder eine NS-Gedenkstätte zu besuchen.

*zab, tob, wib*

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU)





## „Rettenprogramm Pflege“

30.11.2023 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, ein „Rettenprogramm Pflege“ einzurichten. „Die Pflege in NRW brennt lichterloh“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/6850), über den die Abgeordneten beraten haben. „Träger stehen vor dem finanziellen Bankrott.“ Ausbildungszahlen gingen zurück. Pflegekräfte stünden am Rande des Belastbaren. Zugleich stiegen die Eigenanteile in der stationären Pflege „ins Unbezahlbare“. Bei Pflegeeinrichtungen gebe es derzeit viermal so viele Insolvenzen wie im Vorjahr. Die Landesregierung müsse daher einen „landeseigenen Schutzschirm in Höhe von 80 Millionen Euro zum Erhalt der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen“ auflegen. Die sehr hohen Eigenanteile an Pflegeheimkosten müssten reduziert werden. Der „fatalen“ Entwicklung zurückgehender Ausbildungszahlen sei entgegenzuwirken. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

## Feuerwehr und Ruhestand

30.11.2023 – Feuerwehrbeamtinnen und -beamte sollen weiterhin mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen können. Dies fordern die Fraktionen von SPD und FDP. Hintergrund: Die Landesregierung plane eine Anhebung je nach Laufbahngruppe auf 61 bzw. 62 Jahre. Damit wolle sie u. a. auf den Fachkräftemangel reagieren. Die Pläne stießen bei den Feuerwehrleuten auf „breite Ablehnung und vehementen Widerstand“, heißt es im Antrag (18/6761) der FDP-Fraktion. Angesichts ständig steigender Herausforderungen und einer „immer größer werdenden körperlichen Belastung“ seien eine bestmögliche Ausstattung, Unterstützung und Wertschätzung erforderlich – nicht jedoch eine Anhebung der Altersgrenze. Ähnlich äußerte sich die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/6854). Die physischen und psychi-

schen Belastungen der Beamtinnen und Beamten seien sehr hoch, die derzeitige Altersgrenze „in jeder Hinsicht angemessen“. Eine Anhebung wäre laut SPD ein „Mangel an Wertschätzung für unsere Feuerwehrkräfte, die sich täglich für uns alle aufopfern“. Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und Grünen abgelehnt, SPD, FDP und AfD hatten für den Antrag gestimmt. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 70 Abgeordnete hatten für den Antrag gestimmt, 95 dagegen.

## Corona-Hilfen

30.11.2023 – Der Landtag hat einen Antrag (18/6837) der AfD-Fraktion abgelehnt, der sich mit Rückforderungen von „Corona-Soforthilfen“ befasst. „Nach drei Jahren bleiben die Probleme um die Rückforderung der Corona-Soforthilfen in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern weiterhin ungelöst“, heißt es im Antrag. Mit mehr als 430.000 bewilligten Anträgen und Zuschüssen von rund 4,5 Milliarden Euro habe es sich bei den Corona-Soforthilfen um das größte Hilfsprogramm der Landesgeschichte gehandelt. Bei Empfängerinnen und Empfängern hätten Rückforderungsbescheide des Landes im Nachgang allerdings für „enormen Ärger“ gesorgt. Laut aktueller Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen dürfe das Land zu viel gezahlte Beträge zurückfordern. Die Landesregierung müsse das Verfahren „fair und nachvollziehbar“ gestalten sowie „Rechtssicherheit und Klarheit“ schaffen, fordert die AfD in ihrem Antrag. Dagegen stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP.

## Endometriose

30.11.2023 – Der Landtag hat Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Endometriose-

se-Betroffenen beschlossen. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/6842) wurde einstimmig angenommen. Bei der Endometriose handelt es sich um eine gynäkologische Erkrankung, die bislang nicht wissenschaftlich geklärt ist und laut Antrag bei bis zu 15 Prozent aller Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter auftritt. Die Beschwerden gingen mit „erheblichen Einschränkungen im privaten und beruflichen Alltag sowie einer Beeinträchtigung der Lebensqualität einher“. Oft seien weder Ärztinnen und Ärzte noch Patientinnen ausreichend über Endometriose aufgeklärt. Der Landtag beauftragt daher die Landesregierung u. a., gemeinsam mit den Ärztekammern zu prüfen, inwieweit das Thema in der Fort- und Weiterbildung für Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres medizinisches Fachpersonal angeboten werde. Geprüft werden müsse auch, ob Endometriose Gegenstand von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte sein könne.

## Hochschulen

1.12.2023 – Der Landtag will vor dem Hintergrund des Nahost-Krieges jüdische und israelische Studierende in NRW besser schützen. Es gebe Berichte über antisemitische und antiisraelische Äußerungen an Hochschulen, die so weit gingen, dass sich jüdische und israelische Studierende nicht mehr sicher fühlten, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/6843, 2. Neudruck). Und weiter: „Es kann nicht geduldet werden, dass Jüdinnen und Juden ihr Studium in einem Klima der Angst durchführen müssen.“ Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, gemeinsam mit den Hochschulen „ein neues, zentrales Angebot einzurichten, das insbesondere jüdischen Studierenden in Nordrhein-Westfalen sowie weiteren vom Krieg im Nahen Osten betroffenen



Studierenden Hilfe bietet, insbesondere eine psychosoziale Beratung“. Es soll zudem ein Vorschlag erarbeitet werden, „wie die Regelungen gegen Diskriminierung im Hochschulgesetz weiterentwickelt werden können, um insbesondere Studierenden einen effektiven Diskriminierungs- und Verletzenschutz zu gewährleisten“. Der Antrag wurde bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

## Abschiebestopp

13.12.2023 – Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dass Angehörige der religiös-ethnischen Minderheit der Jesidinnen und Jesiden nicht mehr abgeschoben werden dürfen. Der Bundestag habe im Januar einen Antrag beschlossen, der die Verbrechen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) an den Jesidinnen und Jesiden 2014 im Nordirak als Völkermord anerkenne, heißt es in dem Antrag ([18/7199](#)). Tausende Menschen seien durch den IS verschleppt, vergewaltigt, versklavt und ermordet worden. Tausende seien aus dem Irak vertrieben worden oder seien geflohen. Nordrhein-Westfalen müsse daher „einen sofortigen Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden“ erlassen. Dieser solle im Irak auf unbestimmte Zeit gelten. Die SPD fordert die Landesregierung zudem auf, sich für eine bundesweite Aussetzung der Abschiebungen einzusetzen. Gemeinsam mit der Bundesregierung müsse die Landesregierung eine langfristige Lösung für Jesidinnen und Jesiden mit unsicherem Aufenthaltsstatus erarbeiten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 93 Abgeordnete stimmten dagegen, 58 dafür bei 12 Enthaltungen.

## Flughäfen

13.12.2023 – Eine geplante Anhebung der sogenannten Luftsicherheitsgebühren stößt auf die Kritik der FDP-Fraktion. Laut Antrag

([18/7204](#)) werden diese Gebühren für die Sicherheitskontrollen an Flughäfen erhoben und von den Fluggesellschaften an die Passagierinnen und Passagiere weitergegeben. Der Rahmen liege derzeit bei 2 bis 10 Euro pro Fluggast, die meisten Flughäfen bewegten sich aber bereits oberhalb dieses Deckels. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine vom Bund geplante Änderung der Gebührenverordnung im Bundesrat abzulehnen. Diese sehe von Februar 2024 bis Dezember 2026 Sicherheitsgebühren zwischen 4,50 Euro und 15 Euro vor, ab 1. Januar 2027 dann zwischen 4,50 Euro und 20 Euro. „Dieses Vorhaben würde das Problem der hohen Standortkosten für den Luftverkehr in Deutschland im Allgemeinen und in Nordrhein-Westfalen im Speziellen weiter verschärfen. Bereits heute belegen deutsche Flughäfen europaweit Spitzenplätze, wenn es um die Belastung mit Steuern und staatlichen Gebühren geht“, argumentiert die FDP. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen abgelehnt. FDP und AfD stimmten dafür.

## Lehrerausbildung

13.12.2023 – Lehrkräfte, die bereits eine andere Lehramtsbefähigung erworben haben, können auch weiterhin die Befähigung für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung durch eine berufsbegleitende Ausbildung erwerben. Eine entsprechende Regelung im Lehrerausbildungsgesetz wurde vom Landtag mit Mehrheit bis 31. Dezember 2025 verlängert ([18/6883](#)). 2025 soll es dann eine Evaluation der Regelung geben. Der Mangel an Kräften für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung sei eine der größten Herausforderungen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung. Und weiter: „Der Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, Erziehung

und individuelle Förderung (§ 1 Schulgesetz) kann nur erfüllt werden, wenn eine hinreichende Anzahl gut ausgebildeter Lehrkräfte zur Verfügung steht.“

## „Makrocriminalität“

13.12.2023 – Die AfD-Fraktion fordert die Einrichtung einer Professur für „Makrocriminalität“ in Nordrhein-Westfalen. Ein entsprechender Antrag ([18/7212](#)) der Fraktion wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. Die wissenschaftliche Erforschung der Makrocriminalität sei notwendig, um Kriegsverbrechen und andere Formen kollektiver Gewalt zu erfassen, aufzuarbeiten „und so aus Deutschland heraus einen Beitrag zur Gerechtigkeit und zum Frieden in der Welt zu leisten“, heißt es im Antrag. Die Fraktion führt als Beispiele Berichte über Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel an.

## Schutz jüdischer Einrichtungen

13.12.2023 – Das Land Nordrhein-Westfalen wird die jüdischen Landesverbände von 2024 an mit jährlich 23,5 Millionen Euro unterstützen. Das sind rund 5 Millionen Euro mehr als bisher. Einen entsprechenden Gesetzentwurf ([18/7169](#), Neudruck) der Landesregierung hat der Landtag einstimmig beschlossen. Hintergrund seien zusätzliche Sicherheitsleistungen (Wachdienste) an jüdischen Einrichtungen angesichts „zunehmender antisemitischer Tendenzen in der Gesellschaft“, heißt es in der Gesetzesvorlage. Im Haushalt 2024 seien einmalig weitere 1,5 Millionen Euro für Schutzmaßnahmen vorgesehen, „um auf die außergewöhnliche antisemitische Bedrohungslage im Nachgang des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu reagieren“.



## Politische Bildung

14.12.2023 – Der Landeszentrale für politische Bildung drohe ein „personeller und finanzieller Kahlschlag von historischem Ausmaß“, heißt es in einem Antrag (18/7198) der SPD-Fraktion. Hintergrund seien Umstrukturierungen, die die Landesregierung plane. Vorgesehen seien eine neue Stabsstelle im Wissenschaftsministerium und die Auslagerung des Bereichs „Erinnerungskultur“ ins Ministerium. Dies koste die Landeszentrale insgesamt 14 Mitarbeitende. Der Einrichtung blieben damit nur noch fünf Referentenstellen sowie 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei dies „unverhältnismäßig wenig“. Es müsse gewährleistet sein, „dass eine Einrichtung der politischen Bildung immer – aber besonders in Zeiten eines steigenden Extremismus – neutral agieren kann und somit ihre Stimme behält“, so die Fraktion. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

## Kommunale Finanzen

14.12.2023 – Der Landtag hat sich mit der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) befasst. Das NKF sowie die Kommunale Haushaltsverordnung legen Regeln und Verfahren fest, die Kommunen bei der Verwaltung ihrer Finanzen einhalten müssten, heißt es in einem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/7189). Die derzeitige Ausgestaltung des NKF sowie der Haushaltsverordnung beschränkten „in einigen wesentlichen Punkten die Fähigkeit der Gemeinden, Investitionen in ihr Anlagevermögen flexibel und wirklichkeitsnah zu gestalten“. Das NKF sowie die Haushaltsverordnung müssten weiterentwickelt werden, um kommunale Investitionen zu erleichtern. Die Landesregierung hat den Entwurf für ein

„Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen“ (18/7188) vorgelegt, der in erster Lesung im Plenum mitberaten wurde. Der Antrag der Fraktionen sowie der Gesetzentwurf wurden an den Ausschuss für Heimat und Kommunales (federführend) überwiesen.

## Grundsteuerreform

14.12.2023 – Die Große Anfrage „Umsetzung der Grundsteuerreform nach dem Scholz-Modell in Nordrhein-Westfalen – Warum hält der Finanzminister aufgrund des Frage- und Informationsrechts der Abgeordneten zu ermittelnde Erkenntnisse zurück?“ der FDP-Fraktion (18/5107) sowie die Antwort der Landesregierung (18/6491) waren Thema im Plenum. „Die Verärgerung zahlreicher Steuerpflichtiger über die neue Grundsteuerbürokratie nach dem sogenannten Scholz-Modell hält in Nordrhein-Westfalen bei Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Betroffenen unvermindert an“, schreibt die Fraktion in ihrer Anfrage. „Sogar etliche Experten hadern mit der neuen Grundsteuererklärung, die grundsätzlich verpflichtend über das Elster-Onlineportal der Finanzverwaltung zu erledigen ist.“ Die Antwort der Landesregierung umfasst 182 Seiten und nimmt Stellung u. a. zu Abgabefristen, zur Zahl eingegangener Grundsteuererklärungen, Bearbeitungsdauer, Rolle von Steuerberaterinnen und Steuerberatern sowie zu eingereichten Klagen.

## Hochwasser und Kriminalität

14.12.2023 – Kriminalität im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat den Landtag beschäftigt. So seien Opfer der Flut zu weiterem Schaden gekommen, etwa durch Plünderungen ihrer Häuser, thematisiert

die AfD-Fraktion in einer Großen Anfrage (18/544). Die Fraktion fragt darin u. a. nach dem Stand der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft und nach Finanzhilfen für die Geschädigten. In ihrer Antwort (18/3080) listet die Landesregierung 632 polizeilich erfasste Eigentumsdelikte auf, dazu 425 weitere Straftaten. Im Zusammenhang mit Eigentumsdelikten seien 275 tatverdächtige Personen ermittelt worden. Bis zum Ende des Jahres 2022 sei es insgesamt zu 54 Anklagen und 56 Strafbefehlen gekommen. Die Landesregierung verwies darauf, dass Opfer von Katastrophen keine Mittel der Stiftung Opferschutz erhalten könnten. Dies entspreche ähnlichen Regelungen in anderen Bundesländern.

## Integration

14.12.2023 – Der Landtag hat sich auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen mit sogenannten Erstorientierungskursen für Geflüchtete beschäftigt. In ihrem Antrag (18/6845) kritisieren die Koalitionsfraktionen geplante Kürzungen des Bundes bei diesen Kursen. Die Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden. „In den Landes-einrichtungen wird den Geflüchteten mit den BAMF-Erstorientierungskursen eine erste Anlaufstelle geboten, um die ersten Sprachbausteine zu erlernen“, argumentieren CDU und Grüne. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse hätten diese Menschen später große Schwierigkeiten bei der Integration. Die nordrhein-westfälische Koalition erwarte, „dass der Bund seiner Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht wird und seine Zusage einhält, Erstorientierungskurse als Basis für einen gelungenen Integrationsprozess qualitativ und quantitativ stärken“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. SPD, FDP und AfD stimmten dagegen.



# Gegen Hass und Hetze

30. November 2023 – Abgeordnete aller Fraktionen haben sich in einer Aktuellen Stunde besorgt über die Zunahme antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen geäußert. Seit dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sei die Zahl gestiegen.

Die AfD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt. Einem Medienbericht zufolge spreche die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen von einer „drastischen Zunahme“. Allein im Zeitraum vom 7. Oktober, dem Tag des Überfalls, bis zum 9. November 2023 seien insgesamt 218 antisemitische Vorfälle erfasst worden, heißt es im Antrag (18/7010). Eine Aktuelle Stunde biete die „Möglichkeit, die Ursachen dieses drastischen Anstiegs zu analysieren, wirksame Gegenmaßnahmen zu erörtern und die Bevölkerung für die Bedeutung der Bekämpfung von Antisemitismus zu sensibilisieren“.

**Markus Wagner** (AfD) bezeichnete Antisemitismus als „genuin menschenfeindlich“ und forderte: „Deutschland braucht eine Umkehr.“ Eine stark gestiegene Anzahl judenfeindlicher Übergriffe in Nordrhein-Westfalen sei ein Ergebnis der Politik der Landesregierung. Wagner sprach von „Realitätsverweigerung“ und „importiertem Antisemitismus“. Bereits auf den Schulhöfen herrsche Judenhass, und das nicht erst seit dem Krieg in Nahost. Der Abgeordnete zitierte islamistische Hassäußerungen und sagte: „Es geht gegen Juden, es geht gegen uns. Wir müssen handeln, und zwar jetzt.“

## „Schleichendes Gift“

„Antisemitismus ist ein schleichendes, ein böserartiges, ein tödliches Gift“, sagte **Gregor Golland** (CDU). Prävention, etwa in Schulen, sei ein gutes und wichtiges Gegenmittel. Aber: „Am Ende kommt es auf uns alle an“ – auf alle Menschen und auf alle Religionsgemeinschaften. „Hass ist keine Meinung. Hass muss von uns allen Demokraten entschlossen und gemeinsam bekämpft werden“, betonte er. „Nie wieder“ sei keine Floskel. Wer das Existenzrecht Israels, jüdisches Leben in Deutschland oder die Gleichberechtigung von Frau und Mann infrage stelle, habe „in unserem Land nichts verloren“, unterstrich Golland.

Die Hintergründe und Motive für antisemitische Vorfälle seien heterogen, sagte **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). Verantwortlich dafür seien u. a. „antiisraelische Aktivist:innen, Islamisten, Antiiperialisten, Verschwörungsideologen, Rechtsextremisten oder auch christliche Fundamentalisten“. Es sei eine Bildungsaufgabe, gegen Antisemitismus vorzugehen. Das könne nicht früh genug anfangen. Werte wie Toleranz, Gleichheit und Gerechtigkeit sowie Kenntnisse über

Religionen sollten Kindern bereits in Kitas und Schulen vermittelt werden. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens müssten mehr zur Bekämpfung von Antisemitismus beitragen.

Antisemitismus aus den Köpfen zu bekommen, sei eine „Daueraufgabe unserer Demokratie“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. „Antisemitismus ist Teil des kollektiven Wissensbestandes unserer Gesellschaft.“ Anfeindungen kämen u. a. aus dem Rechtsextremismus, linken Milieus sowie „migrantischen“ Milieus. Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden hätten auch in der Mitte der Gesellschaft zugenommen. Daneben gebe es deutlich mehr antimuslimische Vorfälle. Sie seien „ganz eindeutig“ auch auf „rechtsextreme Hetze“ zurückzuführen. Klar sei: „Antisemitismus lässt sich nicht durch Islamfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen.“

„Wenn sich Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland nicht mehr sicher fühlen können, dann müssen wir als Politik jetzt und mit aller Kraft reagieren“, sagte **Dirk Wedel** (FDP). Jüdinnen und Juden seien „fester Bestandteil der Gesellschaft, ebenso die Überzeugung, dass der Staat Israel ein Existenzrecht hat“. Wer das anders sehe, „hat keinen Platz in unserer Gesellschaft“. Wedel forderte eine Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung. Bei der Bekämpfung von Vorurteilen spiele Bildung eine entscheidende Rolle. Befremdlich sei, „dass sich nun ausgerechnet die AfD als Vorkämpfer gegen Antisemitismus inszeniert“.

Die Chanukkia ist ein acht- oder neunarmiger Leuchter, dessen Kerzen beim jüdischen Lichterfest Chanukka entzündet werden.

Foto: Schälte

Die Demonstrationen auf den Straßen führten vor Augen, dass Hass, Hetze und Antisemitismus vorhanden seien, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Wenn gegen Jüdinnen und Juden gehetzt und das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt werde, „dann ist eben Schluss. Wir werden dann mit aller Macht des Staates dagegen vorgehen.“ Dass die AfD-Fraktion den Antrag zur Aktuellen Stunde gestellt habe, sei „schon ungeheuerlich“, sagte der Innenminister. Was in der AfD „unterwegs“ sei, was „gesagt, gedacht und formuliert“ werde, „spottet jeder Beschreibung“.

*sow, tob, zab*



# Streit um Bewerbungsverfahren

1. Dezember 2023 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über den Vorwurf der politischen Einflussnahme bei der Besetzung des Spitzenamtes des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster debattiert. Die Fraktionen von SPD und FDP hatten die Aussprache beantragt.

Die Opposition wirft Justizminister Dr. Benjamin Limbach (Grüne) vor, in das Bewerbungsverfahren eingegriffen zu haben, um eine ihm bekannte Person durchzusetzen. Limbach weist dies zurück.

Zwei Verwaltungsgerichte hatten das Verfahren gestoppt, nachdem die unterlegenen Bewerber geklagt hatten. Nun muss das Oberverwaltungsgericht entscheiden.

Während der Fragestunde in der Plenarsitzung am 29. November 2023 hatten SPD und FDP das Thema erneut aufs Tapet gebracht und u. a. gefragt, welche Kenntnisse Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) bezüglich des Bewerbungsverfahrens gehabt habe. Es bestehe nun „der Verdacht, dass die manipulative Einflussnahme in dem Verfahren um die OVG-Präsidentschaft nicht nur seitens des Justizministers Limbach, sondern darüber hinaus auch von der Staatskanzlei betrieben worden sein könnte“, heißt es im Antrag (18/7153) zur Aktuellen Stunde.

Das Bewerbungsverfahren um eine der höchsten Richterstellen im Land laufe seit drei Jahren, sagte **Sven Wolf** (SPD). Im September 2022 sei eine Bewerberin – eine ehemalige Kollegin des Justizministers – hinzugekommen. Im Juni 2023 habe das Kabinett zugunsten dieser Bewerberin entschieden. Es gebe „in der ganzen Geschichte jede Menge Ungereimtheiten“. Nathanael Liminski, der Chef der Staatskanzlei, habe im Plenum angegeben, vorab Gespräche mit zwei Personen aus dem Bewerberkreis geführt zu haben. „Das erweckt den Anschein einer politischen Einflussnahme aus der Staatskanzlei“, betonte Wolf.

Die „Geschichte“, die von Justizminister Limbach „aufgetischt“ worden sei, werde „immer unglaubwürdiger“, sagte **Dr. Werner Pfeil** (FDP). Der Justizminister habe das „Neutralitätsgebot“ verletzt. „Herr Minister, seien Sie doch ehrlich, hier zählte nicht mehr die Besten-

auslese.“ Ein „Feilschen und Postengeschacher“ schade der gesamten Justiz. „Ihre mangelnde Distanz machte Sie von Anfang an befangen“, warf der FDP-Politiker dem Justizminister vor. „Sie tragen dafür die Verantwortung.“ Die Scheinwerfer seien nun aber auch auf die Staatskanzlei gerichtet, deren Rolle Fragen aufwerfe.

**Dr. Jörg Geerlings** (CDU) bezeichnete die Beiträge seiner beiden Vorredner als „Verschwörungstheorien“. Sie versuchten, ein ordentliches Verfahren mit ihren Vorwürfen zu manipulieren. Es sei „etwas ganz Normales“, wenn Bewerberinnen oder Bewerber auf eine hochkarätige Stelle das Gespräch mit „Menschen von Relevanz“ suchten, um eine Einschätzung zu ihren Chancen und zur Konkurrenz zu bekommen. Das dort erhaltene Feedback sei selbstverständlich nicht verbindlich. Vom Justizminister werde erwartet, die lange vakante Stelle zu besetzen. Dabei werde er nach den Vorgaben der Gerichte handeln. Nun heiße es, das finale Urteil abzuwarten.

## „Verfahren abwarten“

„Es gibt viele Probleme bei der Besetzung von Posten im politischen System“, sagte **Christian Loose** (AfD). Mit Bewerberinnen oder Bewerbern essen zu gehen, hielt er für „eher nicht“ üblich – ebenso, sie anzurufen. Schließlich könnten diese in Bewerbungsgesprächen überzeugen. Das Verfahren habe nun ein „Geschmäckle, sehr zum Schaden der Bewerberin“, meinte der Abgeordnete. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf habe geurteilt, dass die favorisierte Bewerberin entsprechend ihrer Qualifikationen gemäß Bestenauslese hätte gewählt werden können. „Deshalb sollten wir einfach das Verfahren abwarten“, empfahl Loose.

Die Aktuelle Stunde sei ein „erneuter Versuch, immer wieder den Eindruck zu erwecken,

etwas wäre formal nicht korrekt gewesen“, sagte **Dr. Julia Höller** (Grüne). Minister Limbach habe schon vor Wochen alle Fragen beantwortet. Offenbar gehe es den Fraktionen von SPD und FDP nur darum, „dass etwas hängen bleibt“. Das sei „unpolitisch“ und „schäbig“. Die Landesregierung sei für viele Ernennungen innerhalb der Justiz zuständig. Auch in diesem Fall sei das Verfahren nach den Kriterien der Bestenauslese erfolgt. Zur Kritik der Opposition sagte Höller: „Irgendwann wird es absurd.“

Zu Beginn der Legislaturperiode habe er den Abgeordneten versichert, dass ihm „sehr an einer offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Justizministerium und Landtag gelegen sei, sagte Justizminister **Dr. Benjamin Limbach** (Grüne). Er habe das Parlament in allen Sondersitzungen des Rechtsausschusses, der Fragestunde und bei Kleinen Anfragen „stets nach bestem Wissen und Gewissen informiert“. Er könne sich daher nur wiederholen, sagte der Minister. Es habe keine politische Einflussnahme gegeben. Das Verfahren sei transparent, offen und streng nach den Grundsätzen der Bestenauslese geführt worden.

Der Chef der Staatskanzlei, Minister **Nathanael Liminski** (CDU), betonte, dass das Landeskabinett mit der Personalentscheidung für eines der höchsten Ämter der NRW-Justiz befasst werden müsse. Als Regierungskoordinator sei er u. a. für die Vorbereitung der Kabinettsitzungen zuständig und damit mit allen Vorgängen befasst. Er erachte es als selbstverständlich, dass er Gesprächsbitten von Personen, die für diese hohen Ämter ernsthaft in Betracht kämen, nicht ablehne. Auf Initiative von zwei Personen aus dem Bewerberkreis habe er mit diesen Gespräche geführt. Beiden sei bewusst gewesen, dass das Votum für die Auswahlentscheidung beim Justizministerium liege. Der Opposition warf Liminski einen „haltlosen Vorwurf der Einflussnahme“ vor.

*tab, sow, zab, wib*



Fotos: Schälte

Sven Wolf (SPD)

Dr. Werner Pfeil (FDP)

Dr. Jörg Geerlings (CDU)

Christian Loose (AfD)

Dr. Julia Höller (Grüne)

Justizminister Dr. Benjamin Limbach (Grüne)

Minister Nathanael Liminski (CDU)

# Verkehrsrecht und Kommunen

1. Dezember 2023 – Die Reform des Straßenverkehrsrechts stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt. Hintergrund: Der Bundesrat hatte einer entsprechenden Gesetzesnovelle nicht zugestimmt.

Ziel sei u. a. gewesen, Städten und Gemeinden „mehr Spielraum, etwa für die Einrichtung von Busspuren und Tempo-30-Zonen“ zu geben, heißt es im Antrag der SPD (18/7011). Ein entsprechendes Gesetz habe allerdings am 24. November 2023 im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, auch weil die nordrhein-westfälische Landesregierung nicht zugestimmt habe. Das wiederum habe für „Unbehagen“ bei den Grünen gesorgt, was ein „bezeichnendes Licht auf die Uneinigkeit der Landesregierung beim Thema Verkehrspolitik“ werfe.

Zu Beginn der Debatte zitierte **Alexander Vogt** (SPD) aus dem Koalitionsvertrag von CDU und Grünen. Darin hätten sie vereinbart, den Kommunen mehr Handlungsfreiheit zur Steigerung der Verkehrssicherheit zu ermöglichen. Nun hätten sie genau das mit ihrer Enthaltung im Bundesrat verhindert und damit den Koalitionsvertrag gebrochen. Inhaltlich gehe es etwa um Zebrastreifen vor Kitas, Tempo-30-Zonen und Ladezonen für Paketdienste. All das könnten Kommunen nun nicht einfacher einrichten. Vogt sprach von einer „katastrophalen Entscheidung“: „CDU und Grüne haben sich gegen die Interessen von Kindern, älteren Menschen, Radfahrenden und vieler Kommunen entschieden.“

## „Uneinigkeit und Streit“

**Oliver Krauß** (CDU) verteidigte die Enthaltung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat. Denn die Bundesregierung habe den Gesetzentwurf – „unbeeindruckt“ von einiger Kritik seitens Verbänden und Kommunen – unverändert im Bundestag abstimmen lassen. Verkehrssicherheit dürfe aber nicht unberücksichtigt bleiben: Die Leistungsfähigkeit von Straßen des überörtlichen Verkehrs entscheide zum Beispiel darüber, ob eine für Menschen gefährlichere Abkürzung durch Wohngebiete genommen werde. So würde die Novelle das Gegenteil von mehr Sicherheit bringen, so Krauß. Die NRW-Koalition setze nun darauf, im Vermittlungsausschuss einen Konsens zu erzielen. Sie arbeite mit Sorgfalt.

„Uneinigkeit und Streit“ innerhalb der Koalition von CDU und Grünen seien stark ausgeprägt, sagte **Christof Rasche** (FDP). Das zeige sich in der Verkehrspolitik u. a. an konträren Positionen zum Deutschlandticket, zu Flughäfen, Umgehungsstraßen und zur Einführung einer Landeseisenbahngesellschaft. „Tiefe Gräben“ zwischen Schwarz und Grün gebe es auch über die Verkehrspolitik hinaus, wenn es etwa um Rohstoffabgaben für Kies und Sand, den

Nationalpark Egge sowie den Umgang mit der Schuldenbremse gehe. Untereinander werde zwischen den Koalitionspartnern „nett und fröhlich“ kommuniziert. Aber: „Ich glaube nicht, dass das fünf Jahre hält.“

Im vergangenen Jahr seien 101 Radfahrerinnen und Radfahrer in NRW tödlich verunglückt, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzende **Wibke Brems**. Laut Straßenverkehrsgesetz müsse erst ein Gefahrennachweis erbracht werden, bevor Schutzmaßnahmen eingeleitet werden könnten. „Diese Logik ist so veraltet wie die Ursprünge des Straßenverkehrsrechts selbst.“ Das sei „Ausdruck einer autozentrierten Verkehrspolitik von vorgestern“. Nötig sei „Prävention statt Reaktion“. Es sei „bedauerlich“, dass der Entwurf für ein neues Straßenverkehrsgesetz im Bundesrat keine Mehrheit gefunden habe. Zu hoffen sei, dass eine Einigung im Vermittlungsausschuss erzielt werde.

Er sei „überrascht, aber auch ein wenig amüsiert“, dass für das neue Straßenverkehrsgesetz „über Nacht“ keine Mehrheit im Bundesrat mehr vorhanden war, sagte **Klaus Esser** (AfD). Wenige Tage vor der betreffenden Bundesratssitzung habe seine Fraktion im Landtag in einem

Antrag „sachlich, ohne Vorhaltungen“ auf „offenkundig strittige Punkte“ in der Gesetzesnovelle hingewiesen, die keine Mehrheit im Bundesrat finden würden. Der Landtag habe den Antrag der AfD-Fraktion jedoch „in die Tonne getreten“. Für die Bürgerinnen und Bürger sei es gut, dass das neue Gesetz vorerst nicht in Kraft trete, sagte Esser.

„Das Gesetz war gut gemeint, aber nicht gut gemacht“, sagte **Nathanael Liminski** (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei. Acht Bundesländer, unter ihnen Nordrhein-Westfalen, aber auch die SPD-geführten Länder Brandenburg und Hamburg, hätten nicht zugestimmt. Die Landesregierung unterstütze zwar einmütig die grundsätzliche Zielsetzung – mehr Spielräume für die Kommunen, mehr Klimaschutz. An erster Stelle müsse aber immer die Sicherheit stehen. Die Landesregierung sei bereit, im Vermittlungsausschuss an der Verbesserung des Gesetzes mitzuwirken.

*sow, tob, zab*

Foto: Schälte



# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)** | [18/5000](#), [18/6500](#) (Ergänzung), [Vorlage 18/1417](#), [18/7200](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. und 30. November 2023 | 3. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024)** | [18/5800](#), [18/6500](#) (Ergänzung), [Vorlage 18/1417](#), [18/7201](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. November 2023 | 3. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW)** | [18/5849](#), [18/7396](#) | CDU und Grüne | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | 3. Lesung am 15. Dezember 2023 | Abstimmung nach Redaktionsschluss

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** | [18/7202](#) | FDP | 1. Lesung am 13. Dezember 2023 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke** | [18/5349](#), [18/7397](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Zweites Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes** | [18/6883](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Sozialgesetzbuches Vierzehntes Buch und zur Änderung verschiedener Landesausführungsgesetze im Sozialrecht** | [18/6413](#) (Neudruck), [18/7398](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** | [18/5468](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW** | [18/4341](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz zu der Zusatzvereinbarung zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e. V. vom 1. Dezember 1992 (GV. NRW. S. 314), zuletzt geändert durch Sechsten Änderungsvertrag vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 574)** | [18/7169](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. und 2. Lesung am 13. Dezember 2023 | verabschiedet

**Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes** | [18/7241](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. Dezember 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

**Zweites Änderungsgesetz zum Kinderbildungsgesetz** | [18/6817](#) | FDP | 2. Lesung am 14. Dezember 2023 | abgelehnt

**Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen** | [18/7188](#), [18/7189](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. Dezember 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften** | [18/5467](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. November 2023 | verabschiedet

**Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen** | [18/5803](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. November 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes** | [18/5804](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. November 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Zustimmung zu der Vereinbarung über die kirchliche Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen** | [18/6721](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 29. November 2023 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln (21. Rundfunkänderungsgesetz)** | [18/6847](#) | CDU und Grüne | 1. Lesung am 30. November 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [18/4531](#), [18/6885](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. November 2023 | verabschiedet

**Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie bei der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte und des kommunalen Mitspracherechts bei der Zuweisung des Landes an die Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz** | [18/6379](#) | AfD | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalabgaben-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen)** | [18/6414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat und Kommunales | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit** | [18/6376](#) | AfD | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes** | [18/5940](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungs Offenlegungsgesetz NRW)** | [18/5830](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung** | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

# Bachelor aus Bulgarien, Ausbildung in Afghanistan

8. November 2023 – In vielen Berufen mangelt es an Personal, auch in Nordrhein-Westfalen. Ohne genügend Fach- und Arbeitskräfte komme ein attraktiver Wirtschaftsstandort jedoch nicht aus, argumentieren CDU und Grüne in einem Antrag. Sie wollen daher die Potenziale von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser ausschöpfen und ebenso Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen. Zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse befragten der Arbeits- und der Integrationsausschuss Sachverständige aus Behörden und Praxis.

In ihrem Antrag „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“ (18/4559) fordern CDU und Grüne die Landesregierung zu Sofortmaßnahmen auf. Sie solle u. a. für einen niedrigschwelligen und mehrsprachigen Zugang zur Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung sorgen und den Prozess der Berufsanerkennung unbürokratischer und attraktiver gestalten. Denkbar sei auch eine Erfassung der beruflichen Potenziale von Geflüchteten in Unterbringungseinrichtungen des Landes. In einem mitberateten Entschließungsantrag (18/4670) fordert die SPD-Fraktion u. a., Ausländerbehörden zu „Willkommensbehörden“ umzubauen.

Die Sachverständigen begrüßten das Ziel, im Ausland erworbene Berufsabschlüsse schneller anzuerkennen. Zentral sei, das inländische Fachkräftepotenzial der bereits hier lebenden Menschen zu aktivieren, erklärte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Der Antrag falle in Teilen aber hinter die Fachkräftestrategie des Landes zurück. Er enthalte Prüfaufträge und Bestandsaufnahmen, obwohl im Strategiepapier des Landes bereits Vorhaben zur Umsetzung formuliert seien. Ohne zusätzliches Geld gehe es nicht. Zudem warnte der DGB: „Einwanderung darf nicht dazu dienen, gute Arbeitsbedingungen und Tarifverträge zu unterlaufen.“

Lägen alle erforderlichen Dokumente vor, dauere ein Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen zwei bis vier Wochen, erläuterten die Handwerkskammern Düsseldorf und Köln in ihrer gemeinsamen Stellungnahme. Wegen einer Regelungslücke zähle die Dauer aber bereits ab einem Zeitpunkt, an dem wichtige Unterlagen noch fehlten, nämlich Angaben zu den Ausbildungsinhalten im Ausland. Diese seien teils schwer zu beschaffen und teuer zu übersetzen. Die Übersetzungskosten schreckten viele Menschen ab, ein Anerkennungsverfahren anzustoßen.

## Nachqualifizierung

Laut Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern (IHK) in Nordrhein-Westfalen ergeben nur knapp die Hälfte aller Anerkennungsverfahren eine Gleichwertigkeit der Qualifikation. Eine Nachqualifizierung koste Zeit

und Geld, gaben die Kammern zu bedenken und brachten den alternativen Erwerb von Berufserfahrung ins Spiel. An einem schnelleren Einstieg in den Beruf hätten häufig sowohl die Fachkräfte als auch die Betriebe ein Interesse.

Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit begrüßte die Vorschläge im Antrag. „Gesetzliche Arbeitsverbote für Geflüchtete limitieren allerdings für die Dauer des Aufenthalts in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente“, heißt es in ihrer Stellungnahme. Eingesetzt würden jedoch Online-Anwendungen, um eigene Ziele, Potenziale und Kompetenzen zu identifizieren. Die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung verfüge inzwischen über ein mehrsprachiges Beratungsangebot, um im Ausland lebende Interessierte anzusprechen.

Die Deutsche Rentenversicherung Rheinland bot in ihrer Stellungnahme Unterstützung an: Sie verfüge über „eine Expertise in der beruflichen Qualifikation, beruflichen Eingliederung und konkreten Vermittlung in Beschäftigung, die für den Personenkreis der Geflüchteten und Zugezogenen aus dem Ausland nicht genutzt wird“. Auch Partnerinnen und Partner wie Berufsförderungswerke und Berufliche Trainingszentren könne man einbinden.

Foto: Schälte



Der Antrag habe vor allem industrielle Berufe im Blick, bemerkte die Freie Wohlfahrtspflege NRW. Pflege- und Erziehungsberufe spielen kaum eine Rolle. Zum einen aber stelle die Sozialwirtschaft selbst einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Zum anderen Sorge das Personal in Pflege- und Betreuungsberufen dafür, dass die Arbeitskräfte dem Markt überhaupt zur Verfügung stünden und nicht wegen Betreuungsaufgaben ausfielen. Der Verband forderte ein Gesamtkonzept, das eine differenzierte Beratung beinhalte und Faktoren wie Wohnen, Spracherwerb und Kinderbetreuung berücksichtige.

## Kulturwechsel

Ausdrücklich zu begrüßen sei der im SPD-Antrag geforderte Kulturwechsel, heißt es in der Stellungnahme der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender. Denn Deutschland tue „gerade alles dafür, um für Einwandernde unattraktiv zu werden“. Vorschläge zu „Verschärfungen, Abschottung und Abschiebungen“ seien kontraproduktiv: „Die Asylsuchenden von heute sind die Fachkräfte von morgen.“ Der Verband forderte u. a. einen „Spurwechsel“: Wessen Asylantrag abgelehnt werde, müsse in einen „Aufenthalt für die Arbeit“ wechseln können. Dies schaffe Sicherheit nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Betriebe.

Aus der Praxis berichteten Vertreter der Educaro Deutschland GmbH, einer Agentur, die seit 2018 auf die Migration von Pflegekräften nach Deutschland spezialisiert ist. Der gesamte Anerkennungsprozess gehöre auf den Prüfstand gestellt – idealerweise unter Mitwirkung aller beteiligten Stellen. Zudem seien mehr Personal für die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung, eine weitere Digitalisierung und verbindliche Zeitvorgaben geboten. Unverständliche Formulare, uneinheitliches Vorgehen, hohe Kosten und eine Gesamtdauer des Anerkennungsprozesses von bis zu einem Jahr führten zu Frustration und Absprung von Kandidatinnen und Kandidaten, aber auch von Kliniken und Pflegeeinrichtungen. *sow*

Alle Stellungnahmen zur Anhörung finden Sie [hier](#):



## Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen ...



**Marco Schmitz**  
(CDU)



... muss beschleunigt werden, um die Integration von internationalen Fachkräften zu fördern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Derzeitige Verfahren sind oft langwierig und komplex, was zu Frustration und Verzögerungen führt. Effizientere Strukturen, die den Prozess transparenter gestalten und Ressourcen für eine beschleunigte Bearbeitung bereitstellen, sind notwendig.



**Lena Teschlade**  
(SPD)



... ermöglicht qualifizierte Arbeitsmigration und dient der Sicherstellung von Qualitätsstandards. Hierzu ist eine ressourcenorientierte Prüfung der individuellen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sinnvoll, die eine gute personelle und bürokratische Infrastruktur voraussetzt.



**Benjamin Rauer**  
(Grüne)



... muss auf allen Ebenen noch deutlich einfacher, schneller und digitaler gehen. Dazu gehört auch, die zuständigen Stellen so auszugestalten, dass sie niedrigschwellig und mehrsprachig über die einzelnen Schritte für die Durchführung eines Anerkennungsverfahrens informieren. Wir wollen unnötige bürokratische Hürden abbauen.



**Susanne Schneider**  
(FDP)



... benötigt immer noch zu viel Zeit. Prüfungsverfahren, die sich über Monate ziehen, frustrieren die Betroffenen und sind in Zeiten des Fachkräftemangels nicht hinnehmbar. Selbst bei Gesundheitsberufen können die Verfahren trotz aller Beschleunigungsmaßnahmen über ein halbes Jahr dauern. Vermehrte Teilanerkennungen können ein Mittel sein, Menschen einen ersten Einstieg in Arbeit zu ermöglichen.



**Dr. Martin Vincenz**  
(AfD)



... ist ein notwendiges Verfahren zur Aufrechterhaltung der qualitativ hohen Standards deutscher Bildungs- und Berufsabschlüsse.

## Ausländische Berufs- und Bildungsabschlüsse

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Einwanderung ...

... ist eine der drei Säulen, mit der der Fachkräftemangel in unserem Land behoben werden kann. Neben der Ausbildung von Jugendlichen und der Hebung inländischer Potentiale müssen bedarfsorientiert auch Menschen angeworben werden. Hierfür ist eine breite gesellschaftliche Willkommenskultur notwendig, um als Land für qualifizierte Zuwanderer attraktiv zu sein.

... ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Viele Menschen, die zu uns kommen, sind gut qualifiziert. Damit die Menschen hier gerne arbeiten und leben, brauchen wir eine echte Willkommenskultur und weniger Hürden, zum Beispiel im Bereich der Berufsankennung.

... von Fach- und Arbeitskräften ist nötig, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Daher braucht es auch bei der Berufsankennung eine Willkommenskultur. Damit Menschen in ihren erlernten Berufen schnell bei uns arbeiten können, wollen wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen. Wenn sich Verfahren als zu kompliziert und langwierig erweisen, wandern Fachkräfte in andere Länder ab.

... ist ein wichtiges Instrument, um den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, unsere Sozialsysteme zu stabilisieren und so den Wohlstand in unserem Land zu sichern. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes war ein überfälliger Schritt, um die Einwanderung neu zu ordnen. Wir brauchen mehr reguläre und weniger irreguläre Migration. Mit unbürokratischen Verfahren können wir besser um Talente für unseren Arbeitsmarkt werben.

... kann unter bestimmten Voraussetzungen dem Fachkräftemangel entgegenwirken, wenn der Fokus stärker auf gut ausgebildeten Migranten liegt.

### Geflüchtete ...

... sollten möglichst schnell die Möglichkeit bekommen, eine Arbeitsstelle in Deutschland anzunehmen. Dabei müssen wir auch Teil- und Nachqualifizierungen der Ausbildung ermöglichen. Eine schnellere Anerkennung von Abschlüssen ist nicht nur ein Beitrag zur Chancengleichheit, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens im globalen Arbeitsmarkt.

... brauchen einen zügigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Arbeit ist ein wichtiger Faktor zur Integration. Zudem trägt die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, sowohl zum individuellen als auch zum Gemeinwohl bei.

... suchen bei uns Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung und haben ein Recht auf ein individuelles Asylverfahren. Sie bringen vielfältige Berufserfahrungen und Bildungs Kompetenzen mit – diese Potenziale für den Arbeitsmarkt möchten wir heben. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühzeitige Beratung zum Arbeitsmarkt und Anerkennungsverfahren bereits in den Unterbringungseinrichtungen des Landes ein.

... mit Bleibeperspektive sollen schneller und leichter eine Arbeit aufnehmen dürfen als bisher. Die beste Integration ist eine Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb brauchen wir einen verstärkten Fokus auf einen Berufseinstieg. Die Gesetzeslage sieht ggf. auch eine Vermittlung in Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen vor – dies müssen die Jobcenter konsequent anwenden.

... können durch die Anerkennung ihrer Berufsqualifikation einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden Integration in die Gesellschaft erlangen.

### Unternehmen ...

... profitieren von einer schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen: Das ermöglicht ihnen eine schnellere Integration hochqualifizierter internationaler Fachkräfte. Neben der Linderung des Fachkräftemangels steigert dies die Vielfalt, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, die entscheidend sind für den Erfolg in einer globalisierten Wirtschaft.

... benötigen vereinfachte bürokratische Prozesse, um ausländische Arbeitskräfte anstellen zu können. Die Motivation und Bereitschaft, passende Arbeitskräfte auch unter Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie im Ausland zu finden, ist hoch und darf nicht durch bürokratische Engstellen ausgebremst werden.

... brauchen dringend mehr Arbeitskräfte, und zwar in fast allen Branchen. Aktuell können die Unternehmen in Deutschland rund 1,73 Millionen offene Stellen nicht besetzen. Diese Lücke auf dem Arbeitsmarkt, die in den nächsten Jahren durch den demografischen Wandel noch größer wird, muss auch durch Zuwanderung geschlossen werden, da sich Politik, Wirtschaft und Fachleute einig.

... suchen händeringend qualifizierte Arbeitskräfte. Viele Ausbildungen im Ausland sind häufig eher praxisorientiert. Um die fachlichen Standards und die hohe Ausbildungsqualität der deutschen Berufsbilder zu sichern, müssen theoretische Kenntnisse bei Bedarf nachgeholt werden. Solche Nachqualifizierungen sollten aber möglichst innerbetrieblich erfolgen, sofern der jeweilige Betrieb dazu in der Lage ist.

... profitieren von der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, da sie sich hier an den nationalen Standards orientieren können.

# „Nie wieder ist jetzt“ – Geden

9. November 2023 – Vor 85 Jahren begann die systematische Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden in Nazi-Deutschland: Mit einer bewegenden Gedenkfeier haben Landtag, Landesregierung und Landeshauptstadt Düsseldorf an die Opfer der Pogromnacht erinnert. Die Veranstaltung stand auch im Zeichen des Terrorangriffs der islamistischen Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und des wachsenden Antisemitismus in Deutschland.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 waren Synagogen in Brand gesetzt, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, Jüdinnen und Juden misshandelt, verhaftet oder getötet worden. Mehr als 1.300 Menschen starben infolge des Pogroms, der als Auftakt der systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gilt. Während des Holocausts wurden mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte im Plenarsaal zahlreiche Gäste, darunter auch viele Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Gemeinden und Verbände, sowie die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. In seiner Rede erinnerte er an die Ereignisse vom 9. November 1938 und sprach von einer „Nacht der Schan-

de“. Dieser Tag markiere den „endgültigen Abstieg Nazi-Deutschlands in die Barbarei“.

## Fotos der Hamas-Geiseln

Kuper gedachte zugleich der Opfer des Terrorangriffs vom 7. Oktober, und er erinnerte an die von der Hamas verschleppten Geiseln. Mit Blick auf den wachsenden Antisemitismus sagte er: „Menschen jüdischen Glaubens und deren Freunde haben wieder Angst in diesem, unserem Land. Auch hier in Nordrhein-Westfalen, im Jahr 2023. 85 Jahre danach!“ Dies sei unerträglich. Der Präsident betonte: „Wer jüdisches Leben angreift, der greift uns alle an: Und wer Antisemitismus, egal unter welchem Deckmantel, egal aus welcher Ecke heraus befeuert, der muss Konsequenzen ohne Wenn und Aber zu spüren bekommen.“

Ein besonderes Zeichen der Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel hatte der Landtag durch ein fünfmal fünf Meter großes Plakat gesetzt, das im Parlamentsgebäude aufgehängt wurde: Es zeigt Fotos der von der Hamas verschleppten Geiseln. „Bring them home now“ ist darauf in den Farben der israelischen Flagge zu lesen – „Bringt sie jetzt nach Hause“. Das Plakat entstand in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf.

Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller sagte, das Gedenken des 9. November 1938 könne nicht getrennt werden von den Ereignissen des 7. Oktober 2023. Er sprach von einem „Trauma“ für die Israelis und die jüdische Gemeinde weltweit. Der barbarische Angriff der Hamas sei eine Zäsur, die viele Gewissheiten erschüttere.



Schülerinnen und Schüler lasen gemeinsam mit einem Enkel des jüdischen Ehepaars Mayer aus dessen Briefen.



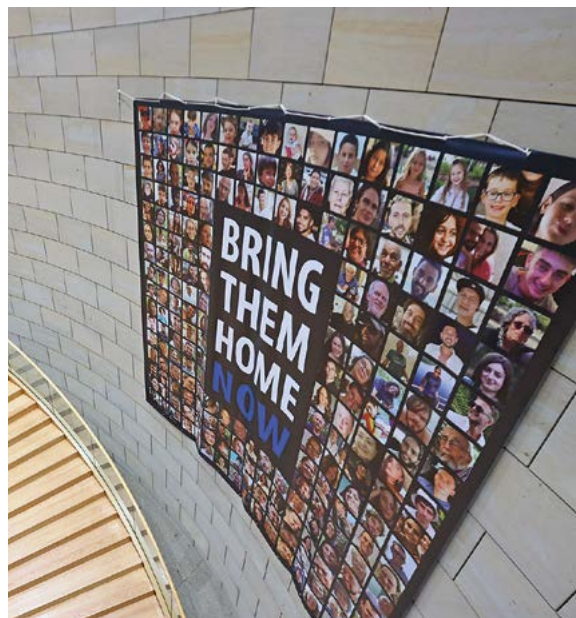
Die Gäste gedachten mit einer Schweigeminute der Opfer der Pogromnacht.



# ken an die Opfer der Pogromnacht



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.), mit (v.l.) Ministerpräsident Hendrik Wüst, Thomas Mayer, Enkel der jüdischen Familie Mayer aus Düsseldorf, dem Vorsitzenden des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Dr. Oded Horowitz, und Düsseldorfs Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller.



Im Landtag erinnert ein Großplakat an die Geiseln der Hamas. Fotos: Schälte

Die Deutschen hätten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie wieder Antisemitismus und Hass auf den Straßen dulden wollen. Heute müsse man fragen, was mit „Nie wieder“ gemeint sei, sagte der Oberbürgermeister mit Blick auf die antisemitischen Übergriffe. Keller mahnte: „Wir müssen jetzt beweisen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist.“ Das „Nie wieder“ müsse jetzt gelten. „Jetzt ist es Zeit zu handeln.“ Es sei die vorrangigste Aufgabe, jüdisches Leben in seiner ganzen Vielfalt zu schützen. „Unsere jüdischen Freundinnen und Freunde, ob jung oder alt, müssen hier angstfrei leben können.“

## „Fassungslos, wütend, traurig“

Keller erinnerte auch an die jüdische Familie Mayer aus Düsseldorf. Schülerinnen und Schüler des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums der Landeshauptstadt lasen aus Briefen des Ehepaars Paula und Otto Mayer. Diese hatten die Pogromnacht wie durch ein Wunder überlebt. Ihren beiden erwachsenen Söhnen Erich und Kurt gelang die Flucht aus Nazi-Deutschland. Die Eltern wurden 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und starben dort. An der Lesung der Schülerinnen und Schüler nahm auch einer der Enkel, Thomas Mayer, teil. Er hatte den letzten Briefwechsel seiner Großeltern mit den Söhnen erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der brutale Terrorangriff der Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 mache „fassungslos, wütend und traurig“, sagte Ministerpräsident Hendrik Wüst. „Unsere Gedanken sind bei unseren israelischen Freunden, bei den Opfern und ihren Familien.“ Während der Pogrome im Jahr 1938 habe Jüdinnen und Juden niemand zur Seite gestanden. Heute dagegen gelte: „Wir stehen fest an der Seite unserer israelischen Freunde – ohne Wenn und Aber.“ Es sei nicht zu akzeptieren, wenn Hass, Gewalt und Terror auf deutschen Straßen gefeiert würden. „Wir nutzen alle rechtlichen Möglichkeiten, um israelfeindliche Hassdemonstrationen einzuschränken oder zu verbieten.“

Dr. Oded Horowitz, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, berichtete von eigenen Erlebnissen am 7. Oktober 2023. Mit seiner Familie habe er sich in Tel Aviv aufgehalten. Morgens um 7 Uhr seien sie von Sirenen aus dem Schlaf gerissen worden. „Wir waren in Angst – in Todesangst.“ Vor 85 Jahren hätten Horden von Nazis Jüdinnen und Juden in einer „Hassorgie“ misshandelt, verschleppt und ermordet. Mit dem 7. Oktober habe sich dies durch die Hamas in Israel wiederholt. Jüdisches Leben sei weltweit bedroht. Die Politik

müsse handeln und „mit aller Härte und Entschiedenheit“ dafür sorgen, dass Antisemitismus „keinen Platz in Deutschland hat – keinen Millimeter.“ red

Ein Video der Gedenkstunde finden Sie [hier](#):



# 2023 – Das Jahr im Rückblick

**Januar** Die Rahmedetalbrücke auf der A 45 bleibt auch im neuen Jahr in der Diskussion und ist Thema im Plenum. Außerdem diskutieren die Abgeordneten u. a. über die hausärztliche Versorgung auf dem Land. In einer Gedenkstunde erinnert der Landtag an die Opfer des Nationalsozialismus. 78 Jahre nach Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau berichtet eine Zeitzeugin im Plenarsaal von ihren Erfahrungen. Unter Vorsitz von André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, kommen in Brüssel die Spitzen von 27 Länderparlamenten zusammen. Die Landtagspräsidentenkonferenz verabschiedet dort eine Erklärung gegen Antisemitismus. Der Wunsch nach Frieden und nach dem Ende der Pandemie dominiert die Kunstwerke von vierten Schulklassen beim Malwettbewerb 2022/2023 des Landtags.

**Februar** Zum Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine gedenkt der Landtag der Opfer. Im Plenarsaal kommen deutsche und ukrainische Jugendliche zusammen, um mit der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum und Landtagspräsident André Kuper über den Krieg, Hilfe für Geflüchtete und die Zukunft zu sprechen. In der Landespolitik geht es um die Frage, wie dem Klimawandel zu begegnen ist. Die Landes-

regierung will den für Windkraftanlagen bisher geltenden Mindestabstand von 1.000 Metern zur nächsten Wohnbebauung streichen, wenn neue, effizientere Anlagen alte ersetzen. Dazu äußern sich Sachverständige und Abgeordnete. Der Landtag startet mit dem Format „Landtag Lokal“ eine Reihe, um auch in den Regionen Nordrhein-Westfalens präsent zu sein. Dazu reist das Landtagspräsidium in verschiedene Städte, Gemeinden oder Kreise des Landes und informiert über die Arbeit des Parlaments. Die Mitglieder des Präsidiums besuchen u. a. Grund- und weiterführende Schulen sowie Integrationskurse und informieren sich über die Arbeit von lokalen Initiativen. Darüber hinaus bietet der Petitionsausschuss Bürgersprechstunden vor Ort an.

**März** Das Gedenken prägt auch den März. Nach dem verheerenden Erdbeben in Syrien und der Türkei beginnen die Abgeordneten die Plenarsitzung mit einer Schweigeminute. Den betroffenen Regionen sagt der Landtag weitere Unterstützung zu. Anlässlich des „Belarus Freedom Day“ setzen die Abgeordneten mit einem fraktionsübergreifenden Antrag Ende März mit breiter Mehrheit ein Zeichen für Demokratie und Freiheit in Belarus. Der Landtag bekräftigt

außerdem erneut seine Solidarität mit der Ukraine. In landespolitischen Debatten geht es u. a. um Folgen der Inflation und das Leben auf dem Land. Der Landtag beschließt die diskutierten Abstandsregeln für erneuerte Windkraftanlagen. Das Land Lippe feiert seinen 900. Geburtstag.

**April** Der Landtag beschäftigt sich mit der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Beim Landesfinale „Jugend debattiert“ messen sich Nachwuchstalente mit der Kraft der Argumente. Traditionell bietet auch der Landtag beim bundesweiten Girls' and Boys' Day ein Informationsforum für klischeefreie Berufswahl. Zur Nacht der Museen kommen Tausende Besucherinnen und Besucher und lassen sich von der Architektur des Landtagsgebäudes und seinen Kunstwerken begeistern.

**Mai** Der rechtsextremistische Brandanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben, jährt sich zum 30. Mal und ist Thema im Plenum. In einem fraktionsübergreifenden Antrag verurteilt der Landtag Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung und bekräftigt den Wert der Toleranz. Er würdigt das 75-jährige Bestehen des Staates Israel. Landespolitische Debatten drehen sich um Armut, um Messerattacken am Mai-Wochenende, den Zustand der Brücken in NRW und um Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten.

**Juni** Der Landtag diskutiert erneut über Windenergie und über einen Weg in die Klimaneutralität. Eine steigende Zahl von Drogentoten gibt Anlass für eine Anhörung von Sachverständigen. Die Landtagspräsidentenkonferenz tagt unter dem Vorsitz von Präsident Kuper in Ostwestfalen und macht die Demokratie in Zeiten der Krisen zum Thema.

**Juli** Anlässlich des 2. Jahrestags der verheerenden Hochwasserkatastrophe spricht der parlamentarische Untersuchungsausschuss II den





Hinterbliebenen der Opfer des Extremwetterereignisses sein Mitgefühl und seine Solidarität aus. Die Wunden seien längst nicht geheilt. Das Gremium untersucht seit September 2021, wie es trotz Warnung einige Tage zuvor zu einem solchen Desaster kommen konnte, und befasst sich mit Konsequenzen für den Katastrophenschutz.

**August** Nach kontroverser Debatte stimmt der Landtag mehrheitlich dafür, den grundsätzlich noch geltenden Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen einer Windkraftanlage und der nächsten Wohnbebauung abzuschaffen. Auch der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 gibt Anlass zu politischer Auseinandersetzung – über Schwerpunkte, finanzielle Spielräume und die wirtschaftliche Situation. Das Plenum debattiert außerdem über Unterkünfte für Geflüchtete. Abgeordnete und Sachverständige nehmen Stellung zu sexualisierter Gewalt im kirchlichen Raum.

**September** Die Energiepolitik bleibt zentrales politisches Thema. 2030 soll der Braunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen Geschichte sein – acht Jahre früher als geplant. Zur Umsetzung stellt die Landesregierung dem Parlament eine Leitentscheidung vor, die das Plenum debattiert. Weitere Themen sind die Klassengrößen in Grundschulen und die psychotherapeutische Versorgung. Erstmals

verleiht der Präsident des Landtags die Ehrenamtsmedaille. Sieben Einzelpersonen und Organisationen werden für ihr gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet. Nach drei Jahren pandemiebedingter Pause lädt der Landtag erstmals wieder zur Parlamentsnacht ein. Rund 4.500 Bürgerinnen und Bürger nutzen die Gelegenheit, um ihr Landesparlament in der besonderen Stimmung der Abendstunden zu besuchen. Information, Begegnungen und Unterhaltung bestimmen den Abend anlässlich des Jubiläums „35 Jahre Landtag am Rhein“.

**Oktober** Die Hamas greift Israel an. In einer Schweigeminute gedenken die Abgeordneten der Opfer des Terrorangriffs und der Menschen im Krieg. „Solidarität mit Israel: Antisemitismus entschieden bekämpfen“ lautet der Titel eines fraktionsübergreifenden Antrags. In einer Aktuellen Stunde debattiert das Plenum zudem über die soziale Infrastruktur Nordrhein-Westfalens. Genau 35 Jahre lang ist der Landtag nun im Parlamentsgebäude am Rhein zu Hause – dort, wo früher der Berger Hafen lag, wird heute die Politik für rund 18 Millionen Menschen gemacht.

**November** Am 9. November gedenkt der Landtag der Opfer der Pogromnacht, mit der im Jahr 1938 die systematische Verfolgung der Jüdinnen und Juden und die Vernichtung jüdi-

schen Lebens in Deutschland begann. 195 Jugendliche übernehmen für zwei Tage die Plätze der Abgeordneten und erleben während des Jugendlandtags parlamentarische Auseinandersetzung unmittelbar. In einer Aktuellen Stunde befasst sich der Landtag mit dem Anstieg antisemitischer Vorfälle. Ende November gehen außerdem die Haushaltsberatungen im Plenum weiter. Mehr als 16 Stunden lang nehmen die Abgeordneten die Pläne der Landesregierung unter die Lupe und beraten über den vorliegenden Entwurf wie auch über zahlreiche Änderungsvorschläge der Fraktionen.

**Dezember** Der Landtag prämiiert die Gewinner des Wettbewerbs „NRW-Pressfoto“ sowie des Mal- und Bastelwettbewerbs. Die Chanukka-Feier setzt ein Zeichen für das jüdische Leben in Deutschland und die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen. Die Abgeordneten diskutieren den Gesetzentwurf zum Landeshaushalt 2024. Der Landtag verabschiedet den Etat am 13. Dezember in dritter Lesung nach kontroverser Debatte. Der Haushalt hat ein Volumen von rund 102,1 Milliarden Euro – so viel wie noch nie. Mehr als 38 Milliarden Euro sind für Bildung vorgesehen. Die Abgeordneten befassen sich in einer Aktuellen Stunde zudem mit den Ergebnissen der PISA-Studie, an der Schülerinnen und Schüler aus 81 Ländern teilgenommen haben. Weihnachtsbäume und Adventskränze sorgen im Parlament für besinnliche Stimmung. *sow*



Foto: Schälte

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

### CDU-Landtagsfraktion diskutiert über Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz

Was sind die Potenziale, aber auch Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI) für unsere Gesellschaft und Wirtschaft? Wie setzen wir Rahmenbedingungen, um KI zu nutzen? Zu diesen Fragen hat sich die CDU-Landtagsfraktion mit Experten und Gästen ausgetauscht.

„Wir erleben KI in allen Lebensbereichen: In der Pflege, als OP-Roboter, auf den Finanzmärkten oder in Form von ChatGPT“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fabian Schrupf. Er wies darauf hin, dass KI auch Risiken mit sich bringt. So brauche es Regelungen, wie KI an Schulen und Universitäten genutzt werden kann.

Professorin Christiane Woopen, ehemalige Vorsitzende des Europäischen und Deutschen Ethikrates, wies darauf hin, wer die Rahmenbedingungen setzt: „Das sind wenige Tech-Gigan-

ten, die Milliarden in die virtuelle Welt investieren, während die echte vor Problemen ächzt. Wir müssen schauen: Wo hilft mir KI und wo ist sie übergreifig?“

Dr. Peter Salden, Leiter des Zentrums für Wissenschaftsdidaktik der Ruhr-Universität Bochum, betonte: „Wir müssen mit und über KI lernen. Aus vielen Branchen ist KI nicht mehr

wegzudenken. Viele Berufe werden sich verändern und damit Lernziele an den Hochschulen.“

Dr. Christian Temath, Geschäftsführer der Kompetenzplattform KI NRW, riet: „Wenn Menschen KI nicht verstehen, Angst davor haben, nutzen sie sie nicht. Dabei kann KI helfen, unsere Wirtschaft innovativer zu machen, Abläufe in Verwaltung und Produktion zu beschleunigen.“

Björn Franken, digitalpolitischer Sprecher der Fraktion, zog ein positives Fazit: „Wir stellen uns kritischen Fragen und wollen Lust machen auf die Chancen, die KI bietet.“



Foto: CDU-Landtagsfraktion/Ralph Sondermann



### Neue PISA-Studie: Bildungssystem scheint den Herausforderungen nicht mehr gewachsen zu sein

Grundschülerinnen und -schüler lesen so schlecht wie nie, so ein Ergebnis der IGLU-Studie aus dem vergangenen Mai. Zuvor hatte der IQB-Bildungstrend festgestellt, dass knapp 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Mindestanforderungen der Kultusminister\*innenkonferenz in Mathematik nicht erreichen. Und nun das: Laut Anfang Dezember veröffentlichter PISA-Studie erreichen immer mehr Jugendliche in der 9. Klasse in Mathematik, Lesen und den Naturwissenschaften nicht einmal mehr das Grundschulniveau. Damit liegen nun innerhalb eines Jahres drei empiri-



Dilek Engin (SPD)

sche Erhebungen vor, die den immensen Handlungsbedarf aufzeigen. Die Bildungskatastrophe ist längst Realität in Nordrhein-Westfalen.

„Die Menschen in unserem Land sehen die Baustellen täglich: Unterrichtsausfall, fehlende Infrastruktur, zu volle Lehrpläne und zu wenig individuelle Betreuung“, stellt unsere schulpolitische Sprecherin Dilek Engin fest. Ihr Fazit: „Unser Bildungssystem scheint in seiner jetzigen Form

stehen und unterrichten. Um das zu erreichen, muss der Beruf der Lehrkraft wieder attraktiver werden. Wir schlagen hierfür beispielsweise ein Arbeitszeitkonto vor, auf dem jede zusätzlich erbrachte Unterrichtsstunde erfasst wird. Auch eine umfassende Lehrplanreform ist vonnöten, um die Bildungsinhalte auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts auszurichten. Um den immensen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen wir zudem ein Sondervermögen „Schule“: Wir schlagen vor, bis 2035 zehn Milliarden Euro zu investieren, um unser Bildungssystem auf Vordermann zu bringen.

den Herausforderungen nicht mehr gewachsen zu sein.“ So brauchen wir zwingend mehr Lehrkräfte, die auch tatsächlich in den Klassen



## Wie gelingt die klimaneutrale Transformation? Klimakongress der Grünen Landtagsfraktion

Wärmewende in den Kommunen, Bürgerbeteiligung beim beschleunigten Ausbau der Windenergie, mehr klimafreundlicher Verkehr durch das Deutschland- und Sozialticket: Damit wir unsere Klimaziele erreichen, brauchen wir Innovationen in den unterschiedlichsten Bereichen. Um die Energiewende in NRW zu beschleunigen, haben wir bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht und treiben den Klimaschutz weiter mit Tempo, Mut und Ambition voran. Dabei wollen wir nicht nur alle Menschen mitnehmen, sondern sind auch auf den Austausch mit Vordenkerinnen und Vordenkern angewiesen.

Anfang November haben wir daher Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger zum Klimakongress unserer Fraktion in



den Landtag eingeladen, um Handlungsoptionen für eine gelingende klimagerechte Transformation aus verschiedensten Perspektiven zu betrachten. Mit über 300 Teilnehmenden haben wir uns intensiv über diese Mammut-

aufgabe ausgetauscht – unter anderem in 13 Themenforen, in denen beispielsweise der Frage nach der Finanzierung des Klimaschutzes nachgegangen und die Verkehrswende vor Ort beleuchtet wurde. „Was den Austausch einte: Der Weg zu Klimaneutralität gelingt mit Beteiligung, breiter Akzeptanz und mit sozialer Gerechtigkeit“, bilanzierte Michael Röls-Leitmann, der den Kongress als Sprecher für Klimaschutz der Grünen Fraktion federführend organisiert hatte.



## Bildungschancen für alle – unabhängig vom Wohnort



Franziska Müller-Rech (FDP)

In NRW gehen durchschnittlich 23,5 Kinder in eine Grundschulklasse. Das sind zwei Kinder mehr als im Bundesschnitt. Damit bildet NRW bundesweit das Schlusslicht. Die FDP-Land-

tagsfraktion wollte konkrete Daten für die Grundschulen in NRW und hakte bei der Landesregierung nach. Die Ergebnisse zeigen, dass Lehrermangel und Klassengröße ungleich im Land verteilt sind.

„In einzelnen Stadtvierteln ist die Lage teils dramatisch. Der Blick auf die vorliegenden Zahlen bestätigt unsere Vermutung: Die Regionen mit großen sozialen Herausforderungen, wie das Ruhrgebiet oder unsere Großstädte, haben überdurchschnittlich volle Klassen und fast durchweg

eine schlechtere Lehrerversorgung als sozial und finanziell besser gestellte Regionen oder Stadtteile. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf! Für gerechte Bildungschancen unab-

hängig vom Wohnort der Kinder brauchen wir mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams. Ebenso zeigen die Antworten auf unsere Kleinen Anfragen, dass ein Schulbauprogramm ‚Gute Schule 2030‘ nötig ist, damit die jeweiligen Kommunen auch baulich in der Lage sind, ihre Klassen zu verkleinern“, sagt Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW.

Die Landesregierung aus CDU und Grünen kann nicht einfach die Hände in den Schoß legen und alles nur weiterlaufen lassen. Die Zeit der warmen Worte ist vorbei.



## Liebe Bürger Nordrhein-Westfalens,



Dr. Martin Vincenz (AfD)

wieder ist ein Jahr ins Land gegangen. Wieder war es im Landtag wenig besinnlich und – so viel Kritik muss erlaubt sein – in der Staatskanzlei selten genug besonnen. Wieder liegen dieses Jahr bei vielen Mitbürgern weniger Geschenke unter dem Weihnachtsbaum als noch im vergangenen. Während man 2022 noch für die Ukraine im Dunkeln frieren und 2021 für irgendwelche Inzidenzen nur mit Geimpften feiern sollte, gehen dem Establishment in diesem Jahr erstmals die Ersatzkatechismen aus.

Zu hart treffen uns alle mittlerweile die Konsequenzen einer Politik, die vielleicht den Lifestyle einer Minderheit, nicht aber den Wohlstand der Mehrheit im Blick hat. Umso mehr freut es mich, dass unser direktes Nachbarland, die Niederlande, bei ihrer Wahl ein so deutliches Zeichen gegen genau diese Politik

gesetzt haben. An dieser Stelle gratuliere ich dem vermutlich nächsten Ministerpräsidenten der Niederlande, Geert Wilders, zu dem Sieg seiner „Partei für die Freiheit“. Für die Freiheit waren und werden auch wir von der AfD-Fraktion NRW eine starke Stimme bleiben, diese Gewissheit kann ich zuvorderst Ihnen, liebe Mitbürger, aber auch unseren politischen Mitbewerbern der vier anderen Fraktionen geben. Uns allen wünsche ich ein frohes und besinnliches Fest und einen guten Rutsch in das Jahr 2024.



# Mal- und Bastelwettbewerb: 133

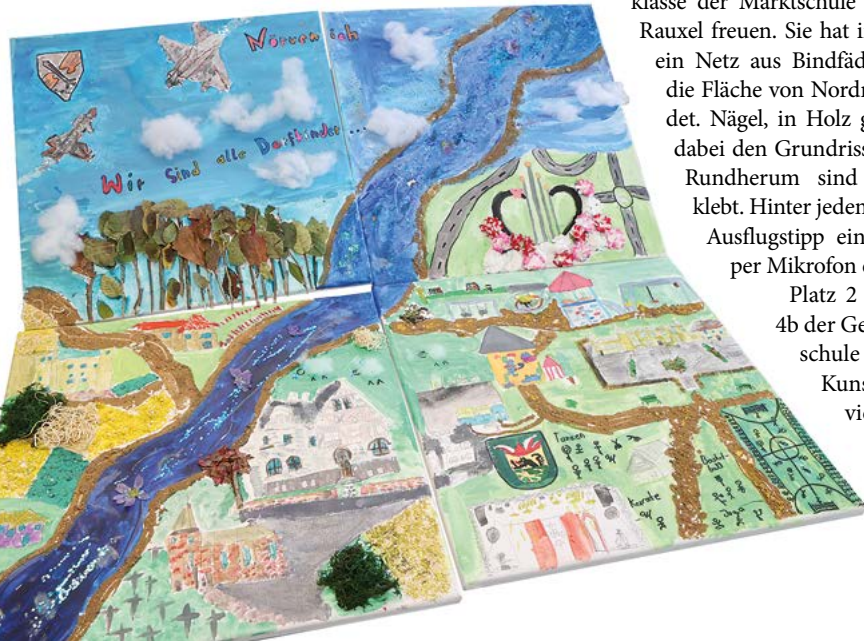
5. Dezember 2023 – Heimat: ein großer Begriff. Was er für Kinder bedeutet, wollte der Präsident des Landtags, André Kuper, wissen. Deshalb hat er im August den diesjährigen Mal- und Bastelwettbewerb unter folgendes Motto gestellt: „Mein Land Nordrhein-Westfalen: Malt oder bastelt, was für Euch Heimat bedeutet“. Ende Oktober war Einsendeschluss, und die Jury, das Landtagspräsidium, freute sich über 133 Kunstwerke, allesamt erstellt als Klassenprojekte vierter Grundschulklassen. Schülerinnen und Schüler aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens waren dem Aufruf gefolgt.

Heimat kann etwas sehr Abstraktes, aber auch etwas sehr Konkretes sein. Dementsprechend vielfältig sind die Einsendungen der Kinder, die teils wegen ihrer Größe und ihrer Zerbrechlichkeit persönlich im Landtag vorbeigebracht wurden. Wo fühlen wir uns wohl? Was lieben wir an unserem Dorf, unserer Stadt, unserer Region, unserem Land? Aber auch: Welche Gefühle verbinden wir mit dem Begriff der Heimat? Mit solchen Fragen haben die Klassen sich beschäftigt. Herausgekommen sind beeindruckende, kreative, kluge und überraschende Arbeiten rund um Gedanken über Geborgenheit und Identität, über Verbundenheit, Kultur, Alltag, Herkunft und Freundschaft.

## Luftschlangen und Nägel

Alle möglichen Materialien haben die Kinder eingesetzt, um ihre zwei- und dreidimensionalen Kunstwerke zu erstellen: Von Pappe und Leinwand über Stoffe und Wolle bis hin zu Holz und Spiegelglas gab es für die Jury einiges zu bestaunen. Auch Eisstiele, leere Pralinschachteln, Papierrollen, Modelliermasse, Luftschlangen und Nägel kamen zum Einsatz. Die verschiedensten Formen und Formate bestimmten die Bilder und Modelle zur Heimat: Kunstwerke in Form von Blumen, von ausstrahlenden Sonnen, klappbare Triptychen, Puzzles,

Platz 2 für das Dorfbild der Klasse 4b der GGS Nörvenich



Platz 1 belegt die Froschklasse der Marktschule Ickern in Castrop-Rauxel mit ihrem Netz-Werk.

Bilder, die aus mehreren Teilen bestehen – der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt.

Manche Klassen haben multimedial gearbeitet und auf ihren Kunstwerken QR-Codes angebracht. Dahinter verbargen sich von Kindern eingesprochene Erläuterungen, gesungene Lieder oder gefilmte Ausschnitte ihrer Heimat.

Die Jury hatte die Qual der Wahl und am Ende vier Siegerkunstwerke gekürt. Das Landtagspräsidium aus dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, seiner Stellvertreterin Berivan Aymaz sowie seinen Stellvertretern Rainer Schmeltzer und Christof Rasche präsentierten ihre Auswahl:

Über den ersten Platz darf sich die Froschklasse der Marktschule Ickern in Castrop-Rauxel freuen. Sie hat in ihrem Kunstwerk ein Netz aus Bindfäden gesponnen, das die Fläche von Nordrhein-Westfalen bildet. Nägel, in Holz gehauen, markieren dabei den Grundriss des Bundeslandes. Rundherum sind QR-Codes aufgeklebt. Hinter jedem verbirgt sich je ein Ausflugstipp eines Kindes – selbst per Mikrofon eingesprochen.

Platz 2 geht an die Klasse 4b der Gemeinschaftsgrundschule Nörvenich. Ihr Kunstwerk besteht aus vier quadratischen Leinwänden, die zusammen einen Blick auf

ihr Dorf ergeben, Lieblingsplätze inklusive. „Wir sind alle Dorfkinde“, steht im Himmel geschrieben. Die Klasse 4a der Johannes-Schule aus dem ostwestfälischen Delbrück freut sich über den dritten Platz. In ihrer Kollage ist der Kirchturm auffällig. Zudem zeigt das Bild, was alles in ihrer Stadt möglich sei, erläutert die Klasse zum Bild, das Heimat und Gemeinschaft darstellen solle.

## Heimat im Koffer

Einen Koffer hat die Klasse 4b der Bochumer Hufelandschule eingesendet und damit Platz vier belegt. Wer ihn aufklappt, findet darin viele Antworten darauf, was Heimat den Kindern bedeutet. Ein Fotoalbum mit der Aufschrift „Heimat ist meine Familie“ zeigt Fotos der Kinder im Kreis ihrer Liebsten. Dazu gibt es Audiodateien, die zeigen, dass auch Sprache Heimat ist. Gemalte Flaggen aller Herkunftsländer der Kinder veranschaulichen: „Heimat ist mein Land.“ Der Koffer enthält auch eine kleine Streichholzschatzbox mit der Inschrift: „Meine Gefühle sind meine Heimat.“ Und eine Sammlung von Heimatrezepten der Kinder beweist, dass Heimat auch durch den Magen geht.

Präsident Kuper sagte: „Ich gratuliere den Siegerinnen und Siegern unseres diesjährigen Mal- und Bastelwettbewerbs herzlich und

# Ideen zur Heimat



Schwere Entscheidung: André Kuper, Präsident des Landtags (l.), Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Rainer Schmelzer präsentieren die Gewinnerkunstwerke. Fotos: Schälte



Platz 4: Ein Koffer voller Heimat von der Klasse 4b der Hufelandschule in Bochum.

die Gewinnerklassen in den Landtag einzuladen. Zugleich wird im Landtag eine Auswahl der 133 Kunstwerke in einer Ausstellung zu

sehen sein. Wer die Ausstellung besucht, ist eingeladen zu staunen – und sich zu fragen: Was bedeutet Heimat für mich? *sow*

Über Platz 3 freut sich die Klasse 4a der Johannes-Schule aus Delbrück.



bedanke mich bei allen Schülerinnen und Schülern, die sich beteiligt haben. Der jährliche Wettbewerb an den vierten Klassen ist ein wichtiger Bestandteil unseres Bildungsangebots für Grundschülerinnen und Grundschüler. Mir ist es wichtig, dass sich schon unsere jüngsten Bürgerinnen und Bürger auf kreative und spielerische Weise mit dem Landtag und der parlamentarischen Demokratie beschäftigen.“

Zu gewinnen gab es 1.000, 750, 250 und 150 Euro, jeweils für die Klassenkasse. Zur Siegerehrung im März 2024 freut sich die Jury,

# „NRW-Pressefoto“: Bilder, die

5. Dezember 2023 – Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat die Preisträger des Wettbewerbs „NRW-Pressefoto 2023“ ausgezeichnet. Den ersten Preis erhielt Fabian Strauch für ein Foto zum Nahostkonflikt, das er bei einer Demonstration in Bochum aufgenommen hat. Insgesamt wurden Preisgelder in Höhe von 22.000 Euro vergeben.



Platz 2: Auf dem Bild von Christoph Reichwein ist eine Szene bei der Trauerfeier für Mevlüde Genç zu sehen.



Platz 3: Das Bild von Maximilian Mann zeigt ein modernes Gewächshaus in Willich – und „schwimmende Salate“.

Das Gewinnerbild könnte aktueller nicht sein: Es zeigt zwei parallele Kundgebungen in Bochum und vereint in einem Bild israelische und palästinensische Flaggen. Das Foto „Flagge zeigen“ hat Fabian Strauch für die Deutsche Presse-Agentur (dpa) am 18. Oktober 2023 aufgenommen. „Das Bild thematisiert den Konflikt im Nahen Osten, der sich für einige weit entfernt anfühlen mag, dessen Auswirkungen jedoch auch direkt vor unserer Haustür – für jede und jeden von uns – sichtbar und spürbar werden“, heißt es in der Begründung der Jury. Strauch sei es „auf beeindruckende Art und Weise gelungen, den gesellschaftlichen Konflikt bildlich auf den Punkt zu bringen“.

## 273 Bilder eingereicht

Der Preis „NRW-Pressefoto“ wurde vom Präsidenten des Landtags, André Kuper, vor fünf Jahren ins Leben gerufen. In diesem Jahr haben 76 Fotografinnen und Fotografen 273 Bilder eingereicht. Darunter waren fünf Journalistinnen und Journalisten (bis 30 Jahre) mit 16 Fotos, die sich um den Nachwuchspreis bewarben. Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West wurden Preisgelder in Höhe von 22.000 Euro vergeben.

Eine durch den Landtag benannte Jury hat für den zweiten Platz ein Bild des Fotografen Christoph Reichwein ausgewählt. Er fotografierte für die dpa bei der Trauerfeier für Mevlüde Genç im November 2022 in Solingen und erfasste eine Szene, in der Ministerpräsident Hendrik Wüst ihrem Ehemann kondolierte. „Hier verneigt sich der Staat, symbolisiert durch den Ministerpräsidenten, vor der Lebensleistung von Mevlüde Genç und ihrer Familie“, heißt es in der Begründung der Jury. Vor 30 Jahren hatten Rechtsradikale das Haus der Familie Genç in Solingen angezündet. Beim Brandanschlag starben zwei Töchter, eine Nichte und zwei Enkelinnen von Mevlüde Genç, die in den Folgejahren dennoch zu Frieden und Versöhnung aufrief.

Das Foto auf Platz drei machte Maximilian Mann bei einer Reportage zur nachhaltigen Landwirtschaft für das Magazin „Stern“ in Willich im Kreis Viersen. Das Bild trägt den Titel „Schwimmende Salate – Modernstes Gewächshaus in Europa“. Es zeige, so die Jury,



# mehr sagen als tausend Worte



Landtagspräsident André Kuper und der Preisträger des Wettbewerbs, Fabian Strauch, präsentieren das Siegerbild „Flagge zeigen“.

Foto: Schälte

einen „Agrarbetrieb ohne jede bäuerliche Romantik“, leiste einen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften und sei eine „journalistische Würdigung jungen Unternehmertums“.

Den Sonderpreis „Das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen“ erhielt André Hirtz für seine Fotoberichterstattung in der Funke Mediengruppe über die Ankunft afghanischer Kinder am Flughafen Düsseldorf, als diese von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Deutschen Roten Kreuzes in Empfang genommen wurden.

## Bilder erzählen Geschichten

Über den Nachwuchspreis wurde öffentlich bei einer Publikumswahl auf Instagram und der Internetseite des Landtags abgestimmt. Als Sieger gekürt wurde Daniel Schröder, der für den Westfälischen Anzeiger die Sprengung der Rahmedetalbrücke fotografierte.

Anlässlich der Preisverleihung sagte der Präsident des Landtags, André Kuper: „Die besten Fotos der Journalistinnen und Journalisten aus Nordrhein-Westfalen erzählen Geschichten.

Es sind Geschichten, die oft erst wieder in Erinnerung kommen, wenn wir am Ende des Jahres zurückblicken. Und dazu zählen nicht nur politische Ereignisse: Das NRW-Pressefoto blickt auf das ganze Land, auf alle Regionen. Wieder haben viele Lokaljournalistinnen und -journalisten Bilder aus ihren Regionen eingereicht. Sie zeigen, wie wichtig guter Lokaljournalismus ist. Unsere Demokratie braucht verlässliche Informationen über das aktuelle Geschehen.“

Eine Auswahl von 35 Wettbewerbsfotos ist bis Mitte Januar im Parlament ausgestellt. Die Bilder bieten einen Rückblick auf das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen: von Klima-Protesten in Lützerath über den Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Aachen bis hin zu den Invictus Games in Düsseldorf. *red*

Ein Video zur Preisverleihung finden Sie [hier](#):



Nachwuchspreis: Sprengung der Rahmedetalbrücke



Sonderpreis für das Bild „Ankunft“ zum Ehrenamt

# Neues Porträt in der Galerie:

7. November 2023 – Die Geschichte des Landtags lässt sich anhand von Porträts betrachten: In der Wandelhalle hängen großformatige Gemälde von allen ehemaligen Landtagspräsidentinnen und -präsidenten in einer Reihe. Mit jeder Person ist eine Wahlperiode verbunden, mit manchen auch mehrere. Zwölf Porträts hingen dort bisher – nun sind es dreizehn. Feierlich enthüllt wurde das Porträt von Carina Gödecke, Landtagspräsidentin von 2012 bis 2017.

Während das Gemälde noch mit einem schwarzen Tuch verhüllt ist, spricht André Kuper, amtierender Präsident des Landtags, über seine Vorgängerin. „Sachen, die man anfängt, muss man ordentlich machen“, erinnert er an eine Aussage seiner Amtsvorgängerin, die ihr zum Kompass geworden sei während ihrer 27 Jahre im Landtag. Sechs Wahlperioden habe sie die parlamentarische Demokratie gelebt und vorgelebt, mitgeprägt und gestaltet. Carina Gödecke habe sich dem Landtag immer verbunden gefühlt – nun werde diese

Verbundenheit sichtbar. Zahlreiche Gäste und politische Weggefährten aus mehreren Wahlperioden und aus ihrer Heimatstadt Bochum sind gekommen, um diesen ehrenvollen Augenblick mit ihr zu teilen.

## „Demokratie wertschätzen“

Der in Dänemark lebende Künstler Julien Deiss hat Gödecke in Pastellfarben gemalt und verzichtet darauf, das Bild zu erklären. Gödecke, der nach eigener Aussage lange gar nicht so

recht wohl gewesen ist beim Gedanken, stundenlang stillzusitzen, um sich malen zu lassen, erzählt von der einfühlsamen Arbeit des Künstlers, der ihr binnen 60 Sekunden alle Befürchtungen genommen habe. Hunderte Polaroidfotos habe er während eines mehrstündigen Gesprächs von ihr gemacht, um sie „zu erkennen“. Das Porträt gefalle ihr, weil es sie treffe. Deiss habe nicht die Politikerin oder die Präsidentin gemalt, sondern sie persönlich – unverkennbar gestikulierend, typisch „old fashioned“ mit Notizbuch statt



Jochen Ott, SPD-Fraktionsvorsitzender, hielt die Laudatio.



Der Künstler vor seinem noch verhüllten Werk: Julien Deiss

## Die weiteren Porträtierten in der Galerie

### Ernst Gnoß (Amtszeit Okt. bis Dez. 1946)

Der gebürtige Mülheimer, Jahrgang 1900, war der erste Präsident des NRW-Landtags und amtierte später als NRW-Wiederaufbauminister.

### Dr. Dr. h.c. Robert Lehr (1946-1947)

Der gebürtige Celler, Jahrgang 1883, war 1924 Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und hielt von 1933 bis 1945 Verbindung zu Widerstandskreisen. Lehr war von 1950 bis 1953 Bundesminister des Innern.

### Josef Gockeln (1947-1958)

Gockeln, Jahrgang 1900, war neben seinem Amt als Präsident des Landtags NRW von 1947 bis 1956 Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf und von 1949 bis 1958 Mitglied des Bundestags.

### Wilhelm Johnen (1959-1966)

Johnen, 1902 in Inden im Kreis Jülich geboren, war von 1951 an Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland der CDU und von 1950 bis 1959 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

### Josef Hermann Dufhues (April-Juli 1966)

Dufhues, geboren 1908 in Castrop-Rauxel, war Mitbegründer der CDU und von 1958 bis 1962 Innenminister in NRW. Von 1962 bis 1966 war er Geschäftsführender Bundesvorsitzender der CDU.

### John van Nes Ziegler (1966-1970 und 1980-1985)

Der gebürtige Kölner, Jahrgang 1921, engagierte sich Ende der 1960er-Jahre für eine Parlamentsreform im NRW-Landtag. Von 1973 bis 1980 war er Oberbürgermeister der Stadt Köln.

# „Sichtbare Verbundenheit“



Enthüllten gemeinsam das neue Porträt: Landtagspräsident André Kuper und seine Amtsvorgängerin Carina Gödecke.

Fotos: Schälte

Tablet und mitten im Plenarsaal, wohin es sie immer gezogen habe – an den wichtigsten Ort der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. „Wir alle sind aufgerufen, sie wertzuschätzen, sie zeitgemäß weiterzuentwickeln, für sie zu werben und sie vor allem gegen alle Feinde zu verteidigen“, betont die ehemalige Abgeordnete.

Von 1995 bis 2022 ist Gödecke Mitglied des Landtags gewesen, davon zehn Jahre lang Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, sieben Jahre Vizepräsidentin des Landtags und fünf Jahre Präsidentin. Die Porträts der ehemaligen Landtagspräsidentinnen und -präsidenten werden erst nach deren Ausscheiden aus dem Parlament in die Galerie in der

Wandelhalle aufgenommen. Viele Abgeordnete würden ihrem Porträt nun im Vorbeigehen begegnen und denken: „Ach, hallo Carina, da bist du ja“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Jochen Ott in seiner Laudatio. Und wer genau hinschaue, werde im gemalten Schal, dem Markenzeichen von Carina Gödecke, das Vereinswappen des VfL Bochum entdecken. *sow*

## **Dr. Wilhelm Lenz (1970-1980)**

Lenz, geboren 1921 in Köln, war Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von 1962 bis 1970. Zudem war er Mitglied des Bundesparteiausschusses der CDU von 1962 bis 1977.

## **Karl Josef Denzer (1985-1990)**

Der gebürtige Trierer, Jahrgang 1925, war von 1980 bis 1985 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Während seiner Amtszeit zog das Parlament vom Ständehaus ins Landtagsgebäude am Rhein.

## **Ingeborg Friebe (1990-1995)**

Mit Friebe stand erstmals eine Frau an der Spitze des Landtagspräsidiums. Die gebürtige Braunschweigerin, Jahrgang 1931, war von 1976 bis 1997 Bürgermeisterin der Stadt Monheim, wo sie heute lebt.

## **Ulrich Schmidt (1995-2005)**

Der Wittener, Jahrgang 1942, war von 1975 bis 2005 Mitglied des Landtags und von 1975 bis 1995 Bürgermeister der Stadt Wetter.

## **Regina van Dinther (2005-2010)**

Die Ingenieurin gehörte dem Landtag von 1990 bis 2010, von 2011 bis 2012 und von 2012 bis 2017 an. Zudem war sie von 2002 bis 2010 Beisitzerin im Bundesvorstand der CDU. Sie lebt in Hattingen.

## **Eckhard Uhlenberg (2010-2012)**

Der Landwirt aus Soest war 32 Jahre lang Mitglied des Landtags. Von 2005 bis 2010 gehörte er als Minister für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Landesregierung an.

# Zwischen Solidarität, Kritik und Antisemitismus

7. November 2023 – Genau einen Monat nach dem Angriff der Hamas auf Israel haben Experten beim Parlamentsgespräch im Landtag über die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland, die Lage im Nahen Osten sowie Ausprägungen von Antisemitismus diskutiert.



Zur Begrüßung sprach Landtagspräsident André Kuper.

Zahlreiche Menschen seien in Israel am 7. Oktober „Opfer heimtückischen Terrors“ geworden, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, bei der Begrüßung vor mehr als hundert Gästen. „Seit einem Monat erleben wir eine Spirale der Gewalt gegen Jüdinnen und Juden und eine Zunahme von antisemitischen Straftaten, auch in Nordrhein-Westfalen.“ Und: „Wir sind gefordert, energischer darüber im Gespräch zu bleiben, wie wir Jüdinnen und Juden besser schützen können.“ Jüdisches Leben gehöre zu Deutschland und zu Nordrhein-Westfalen. In einem fraktionsübergreifenden Antrag ([18/6358](#)) habe sich der Landtag dazu klar positioniert.

„Mir geht es nicht gut“, sagte Shimon Stein, ehemaliger Botschafter Israels in Deutschland, zu Beginn der Podiumsdiskussion. Israel habe im Laufe der Jahrzehnte zahlreiche Anschläge etwa auf Restaurants und Busse erlebt. „Aber was am 7. Oktober passiert ist, übertraf unsere Fantasie.“ Der Tag werde in Israel als „schwar-

zer Samstag“ bezeichnet. Wie es zu den „Verbrechen sondergleichen“ kommen konnte, werfe Fragen auf. Klar sei: Der Staat habe versagt. Regierung und Militär seien nicht in der Lage gewesen, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dabei sei das Minimum, was ein Staat zu leisten habe, für Sicherheit zu sorgen.

Das aggressive Vorgehen der Hamas habe auch viele Menschen in der arabischen Welt schockiert, berichtete Autor und Publizist Daniel Gerlach, Experte für Nordafrika, den Nahen Osten und die muslimische Welt. Gleichzeitig seien Unfähigkeit und Unwille in der arabischen Welt zu beobachten, Empathie gegenüber israelischen Opfern und deren Familien zu zeigen. Bei propalästinensischen Demonstrationen auch in Deutschland seien zudem antisemitische Parolen zu hören und lesen gewesen. Straftaten müssten geahndet werden. Kundgebungen aber pauschal zu verbieten, sei der falsche Weg, da das Recht auf Demonstrationen und die freie Meinungsäußerung ein hohes Gut sei. Gerlach: „Der Rechtsstaat kann sich nicht dadurch schützen, dass er sich selbst abschafft.“

## Israelkritik und Antisemitismus

„Antisemitismus ist ein Bestandteil der deutschen Kultur seit eh und je“, sagte Shimon Stein. Die Forschung habe drei Formen identifiziert: einerseits den klassischen Antisemitismus, der sich durch stereotype Abwertungen zeige. Die zweite Form, der sekundäre Antisemitismus, sei geprägt durch die Leugnung oder Relativierung des Holocausts. Eine dritte Form sei der israelbezogene Antisemitismus, bei dem antisemitische Ressentiments auf den Staat Israel projiziert würden.

Kritik an Israel, sagte der ehemalige israelische Botschafter, sei legitim und notwendig –

etwa an der Siedlungspolitik, der Regierung Netanjahu, an religiösen Fanatikern, der Besatzung sowie der „schleichenden Annexion“ der palästinensischen Gebiete. Problematisch aber sei, wenn die Kritik an Israel genutzt werde, um antisemitische Vorstellungen zu äußern.

Wo legitime Kritik an Israel ende und Antisemitismus beginne, sei ein ewiger Streitpunkt, erwiderte Nahostexperte Gerlach. In der deutschen Diplomatie wiederum gehe es darum, sich klar zu positionieren, wobei eine große Verunsicherung und „bedauerlicherweise Unwissen“ vorherrschten. Für viele Mandatsträgerinnen und -träger in Deutschland bedeute das Thema Israel vor allem „Stress“, gepaart mit Angst davor, Fehler auf einem schwierigen Terrain zu machen. Daher nutzten Politikerinnen und Politiker oft Floskeln. Debatten würden teils auch von der Frage beherrscht, wie und ob man in Deutschland überhaupt über Israel reden dürfe. Das sei „vorausleisende Diskurskritik“.

Häufig werde in Deutschland das Bekenntnis zu „uneingeschränkter Solidarität“ mit Israel geäußert, ergänzte Shimon Stein. „Da denkt man: Wow – was für eine Freude!“ Wenn diese Solidarität konkret eingefordert werde, sei es allerdings oft nicht gut um sie bestellt. Das habe zuletzt auch die Diskussion über eine Resolution der Vereinten Nationen gezeigt, die den Hamas-Terror und das Recht auf Selbstverteidigung Israels nicht erwähne. Bei der Abstimmung habe sich Deutschland – anders als die USA – enthalten, kritisierte Stein: „Ich wünsche mir, dass Freunde zu uns stehen.“ Freunde könnten im kritischen Dialog vor den Konsequenzen warnen, sollten aber Wort halten, wenn sie sich zuvor zur Verantwortung für Israel bekannt haben. **tob**

Podiumsdiskussion mit dem ehemaligen israelischen Botschafter Shimon Stein (Mitte), Nahostexperten Daniel Gerlach und Moderatorin Vivien Leue.

Fotos: Zanin





FORUM

# Botschafterinnen und Botschafter der Demokratie

16.–18. November 2023 – Mehr als 190 Jugendliche und junge Erwachsene sind Mitte November in die Rollen der Landtagsabgeordneten geschlüpft. Beim mittlerweile 13. Jugendlandtag lernten sie Landespolitik an drei Tagen hautnah kennen und übten sich in der Kunst der Debatte und des politischen Kompromisses.

Für die 20-jährige Julia Wimmelmeier war der erste spannende Moment schon vor dem offiziellen Beginn des Jugendlandtags gekommen. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, stellte sich die Jugendlandtagspräsidentin den Fragen der Landespressekonferenz. Diese Realitätsnähe macht das dreitägige politische Planspiel aus – wie auch Präsident Kuper hervorhob.

Nicht nur, dass die Teilnehmenden die Themen des Jugendlandtags selbst aussuchten. Sie seien auch in „realen Fraktionen“ organisiert. Und der „echte“ Landtag werde sich mit den Beschlüssen der Nachwuchspolitikerinnen und -politiker befassen, erläuterte der Präsident.

## „Mit leuchtenden Augen“

Kuper betonte die Bedeutung des Jugendlandtags in einer Zeit, in der es einen „Stresstest für die Demokratie“ gebe. Die jungen Menschen erlebten komprimiert, was Landespolitik bedeute. Sie erlebten aber auch, dass Demokratie Freude mache. Am Ende würden sie zu „Botschafterinnen und Botschaftern der Demokratie“.

Als Präsidentin war Wimmelmeier sozusagen die „Chefin“ des diesjährigen Jugendlandtags. Die Studentin aus dem ostwestfälischen Rietberg betonte, wie wertvoll die Demokratie sei. Sie habe sich zum Mitmachen entschieden, weil eine Freundin, die Jugendlandtagspräsidentin von 2021, Hannah Sellemerten, „mit leuchtenden Augen“ von diesem Erlebnis berichtet habe.

Zum Auftakt des Jugendlandtags stand ein Demokratietraining der Landeszentrale für politische Bildung auf dem Programm. Am zweiten Tag dann ging es an die Arbeit: In Fraktionssitzungen wählten die Teilnehmenden ihre Fraktionsspitzen und die Ausschussvorsitzen-

den, berieten über Anträge und debattierten diese in Anhörungen mit Sachverständigen. Als Themen hatten sich die Jugendlichen die Förderung der politischen Bildung und die Attraktivität von Ausbildungsberufen ausgesucht.

Beim Parlamentarischen Abend konnten sie sich dann mit den echten Abgeordneten austauschen und sich letzte Tipps für den Höhepunkt eines jeden Jugendlandtags holen – die Plenarsitzung. Zudem fand eine Diskussionsrunde mit der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW, Prof. Dr. Dr. Barbara Dauner-Lieb, und dem Aktionskünstler H.A. Schult zum Thema „Zwischen Wahnsinn und Wirklichkeit – Was Kunst und Gerechtigkeit miteinander zu tun haben“ statt.

Der Jugendlandtag endete am Samstag mit einer dreistündigen Plenardebatte, bei der die Jugendlandtagsabgeordneten leidenschaftlich

über ihre Anträge und in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Kampf gegen die Clankriminalität“ diskutierten.

Der Antrag „Ausbildungsberufe attraktiver machen und Fachkräftemangel in NRW lösen“ wurde vom Jugendlandtag angenommen und wird nun dem Hauptausschuss des Landtags zur Beratung und den Abgeordneten als Parlamentspapier zugeleitet.

Den Antrag „Politische Bildung fördern“ lehnte der Jugendlandtag ab. red

Ein Video zum Jugendlandtag finden Sie [hier](#):



Pressekonferenz im Parlament: die Präsidentin des Jugendlandtags, Julia Wimmelmeier, mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper (M.), und dem Vorsitzenden der Landespressekonferenz, Dr. Tobias Blasius Fotos: Hartmann/Meyer



# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

## Fußball-Euro 2024

7.11.2023 – Philipp Lahm, Geschäftsführer der DFB Euro GmbH, hat im Sportausschuss über aktuelle Planungen zur Fußball-Europameisterschaft berichtet, die vom 14. Juni bis zum 14. Juli 2024 in Deutschland ausgetragen wird. Das Turnier sei eine Chance für Deutschland, sich weltoffen zu präsentieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sagte der frühere Nationalspieler. Angesetzt seien 51 Spiele, davon 20 in Nordrhein-Westfalen: in Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Köln. Um Klimaschutzziele einzuhalten, solle das Reiseaufkommen von Fans und Teams minimiert werden. Die Spielorte seien entsprechend ausgewählt worden. In sogenannten Fanzones werde mit rund 10 Millionen Besucherinnen und Besuchern gerechnet, was besondere Anforderungen an Sicherheitskonzepte stelle. Tickets für den Besuch im Stadion gebe es ab 30 Euro in der Vorrunde. Beim Endspiel variierten die Preise zwischen 95 und 1.000 Euro. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Nachfragen, u. a. zur Kommerzialisierung des Fußballs, zu Effekten der Euro 2024 auf den Breiten- und Nachwuchssport sowie zur Sicherheit im Fall einer Teilnahme der israelischen Nationalmannschaft.

## Frauen in der Politik

9.11.2023 – Der Ausschuss für Frauen und Gleichstellung hat darüber beraten, wie sich die politische Teilhabe von Frauen erhöhen lässt, konkret in der Kommunalpolitik. Eine Befragung zur Situation in Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen habe ergeben, dass vor allem eine persönliche Ansprache und Wertschätzung, Sachlichkeit und ein respektvoller Umgangston wichtig seien, um Frauen zu gewinnen, berichteten die Gleichstellungsbeauftragten der Städte Arnsberg und Detmold. Zudem seien Sitzungszeiten, mit denen sich Familie und Beruf vereinbaren ließen, und digitale Sitzungen wünschenswert. Zum kommunalpolitischen Programm für Studentinnen „Misch dich ein! Mach Politik vor Ort“ berichteten eine Wissen-

schaftlerin und Absolventinnen. Das Programm bringe Studentinnen mit kommunalpolitisch aktiven Frauen zusammen. Nach Durchlaufen des Programms zeigten sie mehrheitlich einen „aktiven Start“ ins politische oder vordemokratische Leben. 80 Prozent seien bereits in eine Partei eingetreten. Abgeordnete stellten u. a. Fragen zur Vernetzung und zur Gewinnung von Teilnehmerinnen, gerade auch im ländlichen Raum.

## Ukraine



Botschafter Oleksii Makeiev (links) und Landtagspräsident André Kuper.  
Foto: Schälte

20.11.2023 – Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, hat Ende November Gespräche mit dem Präsidenten des Landtags, André Kuper, und der Parlamentariergruppe NRW – Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum geführt. Der Präsident ist zugleich Vorsitzender der Parlamentariergruppe. Themen waren u. a. die andauernden russischen Angriffe auf die Ukraine, die Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen und die Situation der geflüchteten Menschen aus der Ukraine in Deutschland. Oleksii Makeiev ist seit Oktober 2022 Botschafter des Landes und hat die Nachfolge von Andriy Melnyk angetreten. Es war bereits sein zweiter Besuch im Landtag. Präsident Kuper sagte: „Nach über 18 Monaten des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist es entscheidend, dass wir als Partner und Freunde nicht müde werden, die Ukraine zu unterstützen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen nicht nur ihre eigene Freiheit, sondern auch den Frieden, die Freiheit und Demokratie Europas.“

## Wolfsrisse

22.11.2023 – Der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume hat sich mit Wolfsrissen am Niederrhein befasst. Innerhalb weniger Tage sei es im Oktober im Schermbecker Wolfsgebiet zu drei Rissen durch eine Wölfin gekommen, sagte Umweltminister [Oliver Krischer](#) (Grüne). Die in der nordrhein-westfälischen Wolfsverordnung formulierten Kriterien für eine „Entnahme“ seien erfüllt. Es sei davon auszugehen, dass der Kreis Wesel als zuständige Naturschutzbehörde „in Kürze“ eine entsprechende „Allgemeinverfügung“ für den Abschuss des Tieres ausstelle. Kritik der Opposition, die Landesregierung hätte früher handeln müssen, um weitere Risse zu verhindern, wies Krischer zurück: Es sei ein genetischer Nachweis nötig gewesen, um „Gloria“, wie die Wölfin im Volksmund genannt wird, eindeutig zu identifizieren. Der Nachweis liege erst seit wenigen Tagen vor.

## Taliban-Funktionär in Köln

23.11.2023 – Der Auftritt eines hochrangigen Taliban-Funktionärs in einer Kölner DITIB-Moschee hatte ein Nachspiel im Innenausschuss. Die Fraktionen von SPD und FDP hatten dazu eine Aktuelle Viertelstunde beantragt. Ihre Kritik: Die Veranstaltung hätte nicht stattfinden dürfen. Er sei nach Bekanntwerden des Auftritts selbst irritiert gewesen, sagte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU). Vom Besuch des Mannes habe man nichts gewusst, da er mit einem Schengen-Visum über die Niederlande eingereist sei. Der Auftritt hätte aber auch nicht verhindert werden können, sagte Reul. Seit der Machtübernahme in Afghanistan bewerte der Generalbundesanwalt die Taliban nicht mehr als terroristische Vereinigung. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung gebe es bislang keine Hinweise auf strafbare Handlungen. Die Rede des Taliban sei „gesichert, übersetzt und ausgewertet“. Vorwürfe der Opposition, die Sicherheitsbehörden hätten eingreifen müssen, wies Reul zurück: „Wir müssen uns an geltendes Recht halten.“

# Porträt: Heike Wermer (CDU)



Foto: Ralph Sondermann

Eines hat Heike Wermer, Tochter eines Landwirts, schon als Kind gelernt: „Du musst mit jeder Wetterlage umgehen können – nörgeln hilft da nichts.“ Eine Einstellung, die sie sich in der Politik bewahrt hat: Die 35-Jährige ist kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion und eine Macherin: „Als ich noch mehr Zeit hatte, habe ich am liebsten auf dem Traktor gesessen und gegrubbert“, erzählt sie. „Da weißt du am Ende des Tages, wenn der Acker fertig ist, was du geschafft hast.“

## „Der Dritte Ort“

Das fehlt ihr im Politikalltag manchmal: „Viel Arbeit zahlt sich erst auf die lange Strecke aus.“ Dass Politik viel bewirken kann, davon ist Heike Wermer allerdings überzeugt. Auch in ihrem Bereich, der Kulturpolitik: „Das wird von außen oft als elitär angesehen, als würden wir uns nur um die Opernhäuser in Köln und Düsseldorf kümmern“, sagt Wermer. Dabei gehörten auch Bibliotheken, Musikschulen und Blaskapellen zu ihrem Bereich: „Wir sprechen vom Dritten Ort – das ist neben Familie und Beruf ein Bereich, in dem du nicht gemessen wirst, sondern einfach deinem Interesse nachgehen kannst“, sagt Wermer.

Ihr eigenes Interesse für die Politik begann früh: „Mein Vater war Ratsmitglied und bei uns am Esstisch ging es viel um Politik.“

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Heike Wermer, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Die 35-Jährige ist seit 2017 Mitglied des Landtags. Sie sei mit dem Vorsatz angetreten, Nordrhein-Westfalen „sicherer, schneller und schlauer“ zu machen.

Ihre fünf Jahre ältere Schwester nahm sie dann mit auf einen Ausflug der Jungen Union nach Dortmund auf eine Jugendmesse. „Eigentlich bin ich da nur zum Spaß mit, aber auf dem Rückweg im Bus habe ich dann doch den Mitgliedsantrag unterschrieben“, erzählt Wermer und lacht. Dass es die CDU war – nun ja, in ihrer Heimat im Kreis Borken habe es da in ihren Augen keine Alternative gegeben, wenn man etwas umsetzen wolle. Sie teile die Werte der Partei: „Das im positiven Sinn Konservative mag ich an der CDU und dass sie den Menschen in den Mittelpunkt stellt: Wo jemand Hilfe braucht, bekommt er Unterstützung – aber wir trauen den Menschen eben auch zu, dass sie selbst etwas schaffen.“

## Mit 29 Jahren Abgeordnete

Mit 24 Jahren trat sie – auch da mit sanftem Druck – in die CDU ein, wurde schnell in den Kreisvorstand gewählt. Als Mitarbeiterin des angrenzenden Bundestagsabgeordneten organisierte sie Politik vor allem im Hintergrund, hätte sich das auch als künftigen Job gut vorstellen können. Doch 2016 kündigte der Landtagsabgeordnete aus ihrem Heimatwahlkreis an, bei der Wahl 2017 nicht mehr antreten zu wollen. „Da habe ich mich natürlich gefragt: Wer macht es dann?“, erzählt Wermer. Aus ihrem Umfeld hörte sie in den Wochen darauf vor allem: „Warum nicht du?“ Und so probierte sie es – trat gegen drei Männer an und gewann. Mit dem Vorsatz, Nordrhein-Westfalen „sicherer, schneller und schlauer“ zu machen, zog sie mit 29 Jahren in den Landtag ein.

Das Gute: Für zwei Drittel aller CDU-Abgeordneten war es damals die erste Legislaturperiode. „Wir waren alle neu, da sind wir uns direkt auf Augenhöhe begegnet“, sagt Wermer, „dumme Sprüche musste ich mir nie anhören.“ In der Fraktion schätzt sie das kollegiale Miteinander, das auch gelegentlich mit einem netten Abend in der Umgebung des Landtags ausklinge – ansonsten nutzt Heike Wermer die Möglichkeiten der Großstadt selten: „Einmal im Jahr unternehme ich mit meiner Mutter einen Einkaufsbummel in Düsseldorf. Aber am

liebsten bin ich zu Hause in meiner Heimat in Heek-Nienborg. Ich liebe dort den vielen Platz, aber auch das große Zusammengehörigkeitsgefühl unter Nachbarn.“ Vor allem am Clemenstag, wenn sich Nienborg in ein einziges Volksfest verwandelt.

Auf dem Traktor ist Heike Wermer nur noch selten anzutreffen, dafür aber in ihrem Garten: „Das erdet mich, vor allem nach anstrengenden Telefonaten liebe ich es, einfach in der Erde wühlen zu können“, sagt Wermer.

*Maike von Galen*

## Zur Person

Heike Wermer wurde in Ahaus geboren. Sie studierte Germanistik und Politikwissenschaft sowie Angewandte Sprachwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Von 2013 bis 2016 war sie Wahlkreismitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten sowie von 2013 bis 2017 wissenschaftliche Angestellte am Fachbereich Philologie der Universität Münster. Von 2019 bis 2022 war sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands. Heike Wermer ist verheiratet und lebt in Heek (Kreis Borken).

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Zusammen ist man weniger allein“ von Anna Gavalda. Das Buch handelt von Freundschaft zwischen ganz unterschiedlichen Charakteren. Mit etwas Melancholie, Drama und – wie ich finde – ganz viel Situationskomik und Empathie.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Rock, Pop und hin und wieder auch Klassik. Alles gerne auf Schallplatte.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch, Käse, Eier.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Die Nordsee, zum Beispiel Borkum.

# Kurz notiert

## Chanukka-Feier

Im Landtag ist am 11. Dezember 2023 feierlich die fünfte Kerze der Chanukkia entzündet worden. Die Feier des Präsidenten des Landtags, André Kuper, und des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein setzte ein Zeichen für das jüdische Leben in Deutschland und die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen. Parlamentspräsident Kuper erinnerte an die neue Bedrohung jüdischen Lebens seit dem Terroranschlag der Hamas in Israel: „Unsere Gedanken und Gebete sind in besonderer Weise seit diesem Tag bei den Opfern des feigen Angriffs der Hamas auf Israel: bei ihren Angehörigen, ihren Freunden oder Arbeitskollegen auch hier in Deutschland. Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserem Land. Drohungen gegen sie sind Drohungen gegen uns alle.“ Chanukka, auch Lichterfest genannt, ist ein acht Tage andauerndes jüdisches Fest zum Gedenken an die Wiedereinweihung des zweiten Tempels in Jerusalem.

## Gast aus Griechenland

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 8. Dezember 2023 den stellvertretenden Minister für Gesundheit Griechenlands, Dr. Dimitrios Vartzopoulos, empfangen. Themen des Austauschs waren gesundheitspolitische Fragen und die Zusammenarbeit in der EU. „Wir können voneinander lernen, um bewährte Praktiken und innovative Ansätze in der Medizin zu stärken. Es ist wichtig, dass wir uns mit unseren europäischen Partnern auch über das Gesundheitswesen austauschen, das haben wir in der Corona-Pandemie erlebt. Das gilt auch für aktuelle Themen wie den Einsatz von KI oder die Medikamentenknappheit bei Kindern und Jugendlichen“, sagte Landtagspräsident André Kuper.

## Gestorben

6.6. **Hans-Joachim Reis** (CDU/97)  
MdL 1966–1975

24.10. **Dr. Heinz Günther Hüsch**  
(CDU/94) MdL 1966–1976

14.11. **Lothar Hegemann** (CDU/76)  
MdL 1980–2005, 2006–2010, 2012–2017

## Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 30. Januar 2024. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 26. Januar 2024, online abrufbar unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

Die Redaktion von Landtag Intern wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr.



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hinter uns liegt erneut ein Jahr großer Herausforderungen nicht nur für Nordrhein-Westfalen, auch für Europa und die Welt. Ein Jahr, in dem die schweren Nachrichten die Schlagzeilen bestimmten. Bilder von Katastrophen, Krieg und Terror ereilten uns beinahe täglich. Wir sind besorgt. Viele unserer Landsleute sind unmittelbar betroffen und bangen um Freunde oder Verwandte.

Der anhaltende Krieg in der Ukraine, der abscheuliche Terror der Hamas gegen die Menschen in Israel und Gaza, der blinde Hass gegenüber Jüdinnen und Juden auch hierzulande – all das bewegt und berührt, besorgt und fordert uns zutiefst.

Umso mehr eint uns der Wunsch nach Frieden. Uns verbindet die Hoffnung, dass die Menschlichkeit obsiegen möge und dass eine bessere, eine friedlichere Welt möglich sei.

„Friede auf Erden und bei den Menschen!“ – heißt es im Weihnachtsevangelium.

Lassen Sie uns alle dazu beitragen, diese Verheißung in unsere Welt zu bringen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen persönlich und allen Menschen, die Ihnen nahestehen, fried-, aber auch hoffnungsvolle Feiertage, eine hoffentlich geruhsame Zeit und einen guten Start in das Jahr 2024.

Ich grüße Sie herzlich aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen zum Weihnachtsfest und zum Neuen Jahr!

Herzlichst, Ihr

André Kuper  
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Den Weihnachtsgruß des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, als Video können Sie auch über den QR-Code (links) abrufen.